

Offene Fragen der Geschichte Band 3

Chronik von 1800 bis 1899

Napoleons Gewaltherrschaft,
Wiener Kongreß,
Kapitalismus,
Kommunismus,
Darwinismus,
Nationalismus,
Preußisch-Österreichischer Krieg von 1866,
Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71,
Gründung des Deutschen Reiches,
Imperialismus ...

Band 3/018

Chronik von 1866 bis 1868

1866

Preußen, Österreich: Gregor von Siemens schreibt Anfang 1866 an seinen Vater (x233/95):

>>Seit wir ... durch Abschließung des französischen Handelvertrages unsere ganze Handelspolitik verändert haben, ... bilden (wir) nur ein Land mit Frankreich, England und Belgien. Wollen wir diesen Konkurrenten gegenüber, die uns an Kapital und Macht ... voranstehen, unsere Stellung wahren und uns nicht in den Rang von Kolonien zurückdrängen lassen, dann müssen wir Schleswig-Holstein haben, dann muß der Zollverein und Preußen identisch werden. ...<<

Der preußisch-österreichische Bürgerkrieg

Als die letzten preußisch-österreichischen Verhandlungen im April 1866 scheiterten, nutzte Bismarck den "geplanten Streit" um Schleswig und Holstein kaltblütig aus. Preußen trat nach den gescheiterten Verhandlungen sofort aus dem Deutschen Bund aus und ließ preußische Truppen in Holstein einmarschieren, das damals von den Österreichern verwaltet wurde.

Der preußische Generalstabschef von Moltke schreibt später über den preußisch-österreichischen Krieg (x237/175): >>Der Krieg von 1866 ist nicht aus Notwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen, auch nicht hervorgerufen durch die öffentliche Meinung und die Stimme des Volkes; es war ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf, nicht um Ländererwerb, Gebietserweiterung oder materiellen Gewinn, sondern für ein ideales Gut - für Machtstellung. ...<<

Der deutsche Jurist Rudolf von Jhering (1818-1892) schreibt am 1. Mai 1866 (x233/96):

>>Mit einer solchen Schamlosigkeit, einer solchen grauenhaften Frivolität ist vielleicht nie ein Krieg angezettelt worden wie der, den Bismarck gegenwärtig gegen Österreich zu erheben sucht. Das innerste Gefühl empört sich über einen solchen Frevel an allen Grundsätzen des Rechts und der Moral. ...

Man fragt sich staunend: ist es denn wahr, daß Lügen, welche die ganze Welt als solche erkennt, von oben herab als Tatsache verkündet werden können?

Österreich soll gegen Preußen rüsten! Jedes Kind weiß hier das Gegenteil. Preußen ist aber der angegriffene Teil, dies Preußen, welches den Todfeind Österreichs, Italien, zum Kampf auf Leben und Tod gegen dasselbe aufhetzt.

Ach! was müssen wir erleben, welche grauenhafte Zukunft steht uns bevor. ... Deutsche gegen Deutsche bewaffnet, ein Bürgerkrieg, ein Komplott ... ohne allen Schein des Rechts, ohne Anteil des Volkes, rein von einigen Diplomaten ins Leben gerufen! ...<<

Ogleich Bismarck kein überzeugter Militarist war, stellte der Krieg auch für Bismarck ein politisches Machtinstrument dar ("Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln"). Grundsätzlich hielt Bismarck eigentlich nichts von kriegerischen Triumphen. Bismarck kämpfte lieber mit diplomatischen Mitteln, die er fast immer geschickter als seine Gegenspieler einsetzte. Vor dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg sicherte sich der vorsichtige und erfahrene Bismarck frühzeitig gegenüber den europäischen Großmächten ab.

Aufgrund seiner ausgezeichneten persönlichen Beziehungen und geschickten Diplomatie ("unverbindliche Versprechungen") konnte er 1866 Rußland, Frankreich und Italien für seine Pläne gewinnen.

Frankreich spielte mit Preußen und Österreich wie gewöhnlich ein elegantes Doppelspiel. Der französische Kaiser Napoleon III. verpflichtete sich gegenüber Preußen zur Neutralität und schloß gleichzeitig mit dem vermeintlich stärkeren Österreich am 12. Juni 1866 ein Geheimabkommen ab (x063/395). Die preußische Provinz Schlesien sollte danach an Österreich fallen, während Frankreich alle preußischen Rheinprovinzen forderte.

Die meisten deutschen Fürsten (außer Mecklenburg, Oldenburg und Thüringen) fürchteten naturgemäß um ihre Selbständigkeit und verbündeten sich deshalb sofort mit Österreich (1818 = rd. 9,5 Millionen Einwohner) gegen das angeblich viel schwächere Preußen - 1818 = rd. 8,0 Millionen Einwohner - (x070/123).

Um 1860 verfügten die europäischen Großmächte über äußerst unterschiedliche "stehende Heere": Rußland = 990.000 Soldaten, Frankreich = 420.000, Österreich = 310.000. Preußen besaß mit 150.000 Soldaten nur ein relativ schwaches Heer (x215/292). Bismarck ließ sich jedoch durch die zahlenmäßige Überlegenheit seiner Feinde und die ursprüngliche Ablehnung des preußischen Königs, der einen "Bruderkrieg" gegen Österreich vermeiden wollte, nicht beirren.

Im Verlauf des deutschen Bürgerkrieges schlugen die preußischen Truppen schließlich unerwartet schnell und überraschend zu. Bereits nach einigen Tagen wurden die deutschen Staaten Hannover, Hessen und Sachsen überrannt und besetzt. Gleichzeitig griffen 2 preußische Armeen die Österreicher in Böhmen an.

Als auch die 3. preußische Armee, die man mit der Eisenbahn in das Kampfgebiet nach Böhmen transportierte (erstmalig wurde ein großer Truppentransport per Bahn durchgeführt), urplötzlich in die Kämpfe eingriff, fiel die Entscheidung zu Gunsten der Preußen. Am 3. Juli 1866 besiegte der überragende preußische Militärstrategie Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke mit seinen Truppen die Österreicher in Böhmen bei Königgrätz an der Elbe entscheidend.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Schlacht bei "Königgrätz" (x809/1.017-1.019): >>... Nach Königgrätz (Stadt im östlichen Böhmen, an der Mündung der Adler in die Elbe) wird in der preußischen Kriegsgeschichte die entscheidende Schlacht des Preußisch-deutschen Krieges vom 3. Juli 1866 benannt, welche vielfach auch als die von Sadowa bezeichnet wird, mit Unrecht, da bei diesem Dorf weder das Hauptquartier des Siegers war, noch die Entscheidung fiel. ...

Von Anfang an war es die Absicht des österreichischen Hauptquartiers gewesen, die Armee an der oberen Elbe auf dem Plateau von Dubenetz zur Entscheidungsschlacht zu konzentrieren, und als die Preußen, ehe diese Bewegung vollendet war, über die Grenzpässe in Böhmen eindrangen, waren ihnen zur Deckung der Konzentrierung nur einzelne Armeekorps entgegengeworfen worden, welche in den glänzenden Gefechten der letzten Junitage besiegt, teilweise aufgerieben wurden.

Benedek mußte daher die Armee, welche bereits geschwächt, erschüttert und zur Initiative unfähig war, am 1. Juli weiter rückwärts in eine Stellung bei Königgrätz führen, welche für die Verteidigung gut gewählt war. Zwischen dem rechten Ufer der Elbe und der Bistritz zu beiden Seiten der Straße von Horsitz nach Königgrätz erhebt sich das Terrain stufenförmig in zahlreichen Hügeln, welche durch flache, mit Gehölz und Dörfern besetzte Mulden getrennt werden und bei Chlum, von wo die ganze Gegend übersehen werden kann, ihre höchste Höhe erreichen.

Die Artillerie hatte vortreffliche Positionen, die Infanterie gute Deckungen, welche noch durch Verhaue gesichert waren. Doch war die Aufstellung der Österreicher von Sadowa auf beiden Flügeln bis zur Elbe bei Trotina und Kuklena so weit zurückgebogen, daß sie eine feindliche Umfassung der Flanken erleichterte; auch war es ein Nachteil, daß die Elbe im Rücken war.

Im Zentrum bei Lipa standen das 3. und 10., in der Reserve das 1. und 6. Korps; die zurückgebogenen Flügel bildeten rechts das 4. und 2., links die Sachsen und das 8. Korps; im ganzen 220.000 Mann mit 500 Geschützen. So erwartete Benedek vom 1. Juli ab den feindlichen Angriff, obwohl er so sehr alles Vertrauen zu sich und der Armee verloren hatte, daß er am 2. den Kaiser telegraphisch bat, noch vor der unvermeidlichen Katastrophe um jeden Preis Frieden zu schließen.

Auf preußischer Seite standen die erste Armee (2., 3., 4. Korps) in Horsitz, die Elbarmee (7. und 8. Korps) bei Smidar, die zweite (Garde, 1., 5. und 6. Korps) bei Königinhof, im ganzen 240.000 Mann. Man erwartete, den Feind, wenn überhaupt, erst jenseits der Elbe zu einer Entscheidungsschlacht bereit zu finden. König Wilhelm, welcher am 2. Juli in Gitschin eingetroffen war und den Oberbefehl übernommen hatte, befahl deshalb nach einer Unterredung mit dem Prinzen Friedrich Karl, daß den stark angestregten Truppen ein paar Ruhetage gegönnt würden, und beschloß, sich selbst für den 3. Juli nach Königinhof zum Kronprinzen zu begeben.

Als aber im Lauf und am Abend des 2. von den Vorposten der ersten Armee Meldungen einliefen, daß an und jenseits der Bistritz starke feindliche Truppenmassen aufgestellt seien, befahl der König nach einem Kriegsrat den Angriff auf dieselben: die erste und die Elbarmee sollten mit Tagesanbruch angreifen, die sofort benachrichtigte zweite Armee von Königinhof aufbrechen und sobald wie möglich von Norden her dem Feind in die rechte Flanke fallen.

Prinz Friedrich Karl, im Glauben, nur drei österreichische Korps und die Sachsen vor sich zu haben, beschloß, bei Sadowa die Bistritz zu forcieren, die Höhe von Lipa zu erstürmen und das feindliche Zentrum zu durchbrechen, während die Elbarmee von Nechanitz aus einen Stoß auf den feindlichen linken Flügel ausführen sollte. Obwohl das Eingreifen des Kronprinzen der Sicherheit halber befohlen war, schien es doch nicht notwendig.

Am 3. Juli gegen 8 Uhr früh begann der Angriff, den der König selbst von der Höhe von Dub leitete, und verlief anfangs ganz der Erwartung gemäß. Die erste Armee, in drei Kolonnen vorgehend (das 3. Korps blieb in Reserve), forcierte die Bistritz; der rechte Flügel (3. Division) besetzte Dohalitzka und Mokrowous, das Zentrum (4. und 8. Division) Sadowa und das Sadowagehölz; der linke Flügel (7. Division) drang über Benatek in den Swiebwald vor, die Elbarmee eroberte Nechanitz. Schon um 10 Uhr waren diese Erfolge errungen. Aber alle weiteren Angriffe auf die Höhen von Lipa und Probus scheiterten.

Die österreichischen Stellungen waren zur Verteidigung vortrefflich eingerichtet, die Stärke des Feindes viel beträchtlicher, als man geglaubt (hatte); vor allem war seine Artillerie überlegen.

Gegen die 200 gezogenen Geschütze der Österreicher, welche nach und nach um Lipa auffuhren und die vorher abgemessenen Ziele mit einem wütenden Schnellfeuer beschossen, konnte die preußische Artillerie, welche diesseits der Bistritz in ungedeckter Stellung auffuhr, zum

Teil noch aus glatten Geschützen bestand und bei dem trüben, regnerischen Wetter die Position und Distanz der feindlichen Batterien nur schwer unterscheiden konnte, nicht aufkommen und sie auch nicht hindern, die preußische Infanterie mit einem Hagel von Granaten zu überschütten. Namentlich die 7. Division unter General von Fransecky im Swiebwald geriet in eine gefährliche Lage. ...

Die Bedrängnis der ersten Armee, deren letzte Reserve, das 3. Korps, der Befehlshaber vorzuschicken zögerte, wurde von den Österreichern bemerkt, welche vor allem den in der Luft schwebenden linken feindlichen Flügel, die 7. Division im Swiebwald, zu vernichten beschlossen, um dem Zentrum in die Flanke zu kommen. In ihrem Siegeserifer verwendeten sie dazu fast ihren ganzen rechten Flügel, das 4. und 2. Korps.

Die 7. Division geriet durch die unaufhörlich wiederholten Angriffe und das furchtbare Artilleriefener in die größte Gefahr und erlitt bedeutende Verluste; indes sie behauptete sich im Wald, und im Moment der höchsten Not, als sie mit den letzten, fast erschöpften Kräften einem neuen allgemeinen Angriff entgegenzutreten sich anschickte, kam die ersehnte Hilfe durch das Eingreifen der Armee des Kronprinzen, welche rechtzeitig den Befehl des Königs erhielt, sogleich den Marsch angetreten und mit ihren Spitzen, das Gardekorps in der Mitte, das 6. links, das 1. rechts, das 5. in der Reserve, bereits um 11 Uhr die nördliche Grenze des Schlachtfeldes erreicht hatte.

Schon um 1 Uhr waren die vordersten Stellungen des Feindes genommen, und während das 6. Korps die Elbe abwärts bis Nedelist und Lochenitz vordrang, nahm die 1. Gardedivision gegen 3 Uhr im ersten Anlauf das durch den Angriff der Österreicher auf den Swiebwald fast ganz entblößte Chlum, den Schlüsselpunkt der Stellung, sowie das noch weiter rückwärts gelegene Rosberitz, die 2. Gardedivision Lipa und Langenhof.

Während das 2. österreichische Korps an die Elbe zurückwich, das 4. bereits fast aufgerieben war, machten die Reservekorps, das 6. und 1., Versuche, die verlorenen Positionen wiederzuerobern. Aus Rosberitz wurden auch die Preußen herausgeworfen, Chlum indes behauptete die Garde und eroberte auch Rosberitz wieder mit Hilfe des 6. und 1. Korps.

Zu gleicher Zeit befahl der König ein Vorgehen auf der ganzen Linie, vor dem die Infanterie der Österreicher, durch das Zündnadelgewehrfeuer furchtbar dezimiert, teilweise in völliger Auflösung an und über die Elbe zurückwich. Nur die Artillerie behauptete überall mit aufopfernder Tapferkeit ihre Stellungen bis zum letzten Augenblick und gab ihre Geschütze preis, um den Rückzug zu decken. Auch die Reiterei lieferte der preußischen bei Langenhof glänzende Gefechte, welche freilich das Schicksal des Tages nur kurze Zeit aufhalten konnten.

Der Rückzug der österreichischen Armee artete schließlich in völlige Panik aus, und wenn die gesamte preußische Reiterei zur Verfolgung bereit gewesen wäre, würde eine Sammlung der Trümmer ganz unmöglich gemacht worden sein. Indes von Verfolgung außer durch die folgende Artillerie war keine Rede; die Elbarmee, welche sie ausführen sollte, war dazu zu schwach. Der Rückzug der Österreicher auf Pardubitz blieb also unbehelligt. Die preußischen Truppen bezogen auf dem Schlachtfeld Biwak.

Die Verluste der siegreichen Armee beliefen sich auf 359 Offiziere, 8.794 Mann an Toten und Verwundeten; die Österreicher verloren 5 Fahnen, 160 Geschütze, 22.000 Gefangene, 20.900 Mann an Toten und Verwundeten (allein über 500 tote Offiziere). Der Eindruck der Schlacht bei Freund und Feind in ganz Europa war ein ungeheurer ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den preußisch-deutschen Krieg im Jahre 1866 (x813/380-382): >>Preußisch-deutscher Krieg, der 1866 in Deutschland zwischen Österreich und seinen Verbündeten einerseits, Preußen andererseits geführte Krieg um die Hegemonie in Deutschland.

Die Ursache des Krieges war die Nebenbuhlerschaft Österreichs und Preußens in Deutschland seit dem Emporkommen des letzteren unter Friedrich II. dem Großen, welche bisher jeden

Versuch einer Einigung Deutschlands vereitelt und schon 1848 einen großen Teil der deutschen Nation zur Überzeugung geführt hatte, daß dieser verderbliche Dualismus der deutschen Großmächte nur durch Ausstoßung der einen, nämlich Österreichs, aus Deutschland beseitigt werden könne.

Den nächsten Anlaß zum Krieg bot die schleswig-holsteinische Frage, über welche Österreich und Preußen in einen Konflikt geraten waren, der durch die Gasteiner Konvention vom 14. August 1865 nicht gelöst, sondern nur vertagt war.

Der Notenwechsel beider Mächte über die Verhältnisse der Herzogtümer wurde immer gereizter, die preußenfeindlichen Anträge der Mittelstaaten beim Bund immer entschiedener, und am 16. März 1866 gab Österreich in einer Note an die befreundeten deutschen Höfe offen die Absicht kund, die schleswig-holsteinische Sache dem Bund anheimzugeben und die deutschen Streitkräfte gegen Preußen aufzubieten.

Dieses schloß hierauf am 8. April 1866 die Allianz mit Italien, welche Italien zum Kriege gegen Österreich verpflichtete, wenn derselbe innerhalb dreier Monate ausbrach, dagegen ihm den Besitz Venetiens sicherte, und stellte am 9. April beim Bund den Antrag, eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen deutschen Nation hervorgehende Versammlung zur Beratung einer Bundesreform zu berufen.

Da in Preußen der Verfassungskonflikt aufs heftigste entbrannt war und daselbst, besonders in den westlichen Provinzen, Demonstrationen für den Frieden und gegen den deutschen Bruderkrieg stattfanden, so waren Österreich und die mit ihm verbündeten Mittelstaaten des Sieges gewiß und verteilten bereits insgeheim die Beute:

Österreich verlangte für sich Schlesien mit Breslau, Sachsen die Lausitz und einen Teil von Niederschlesien, Hannover ein Stück von Westfalen, Württemberg Hohenzollern, Bayern einen Teil der Rheinprovinz.

Die beiderseitigen Rüstungen hatten schon im März begonnen, im April wurde über eine Abrüstung verhandelt, welche jedoch an der Weigerung Österreichs, sie auch in Italien vorzunehmen, scheiterte. Am 4. und 8. Mai wurde die Mobilmachung der preußischen Armee befohlen und die Landwehr aufgeboten, in den Mittelstaaten verlangten die Regierungen von den Landtagen Militärkredite und erhielten sie meist bewilligt; am 1. Juni übertrug Österreich die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit dem Bund, indem es gleichzeitig die von den neutralen Großmächten vorgeschlagenen Friedenskonferenzen dadurch unmöglich machte, daß es gegen jede Gebietserweiterung und jeden Machtzuwachs einer der eingeladenen Mächte von vornherein protestierte.

Am 5. Juni rief der österreichische Statthalter von Gablitz die holsteinischen Stände auf, am 11. Juni nach Itzehoe zusammen, am 7. Juni rückte Manteuffel von Schleswig in Holstein ein, weil der Gasteiner Vertrag dadurch gebrochen und ungültig sei, worauf die Österreicher Holstein räumten, und am 11. Juni stellte Österreich beim Bundestag den Antrag, weil Preußen zu unerlaubter Selbsthilfe in Holstein gegriffen, die Bundesarmee mit Ausnahme des preußischen Kontingents mobil zu machen, welcher Antrag am 14. Juni mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen wurde.

Der preußische Gesandte von Savigny erklärte hierauf, daß Preußen den bisherigen Bund als aufgelöst betrachte, und legte einen neuen Bundesvertrag vor, der Österreich ausschloß und eine starke Zentralgewalt mit Parlament verlangte. Hiermit war der Krieg erklärt.

Am 17. Juni erließ der Kaiser von Österreich, am 18. Juni der König von Preußen sein Kriegsmanifest.

Die geographische Lage zwang Preußen, sich vor allem Norddeutschland zu versichern. Es erließ daher am 15. Juni an Hannover, Sachsen und Kurhessen ein Ultimatum, in welchem es die dortigen Regierungen zur unbewaffneten Neutralität und zum Beitritt zum neuen Bund aufforderte und dafür ihren Besitzstand und ihre Souveränität nach Maßgabe der neuen Bun-

desverfassung gewährleistete.

Sofort nach Ablehnung des Ultimatums rückten am 16. Juni preußische Truppen von allen Seiten in Hannover, Kurhessen und Sachsen ein. Die Könige von Sachsen und Hannover verließen mit ihren Truppen ihre Hauptstädte, der Kurfürst von Hessen wurde gefangen, sein Kontingent entkam nach dem Süden.

Während Österreich gegen Italien den Krieg nur verteidigungsweise zu führen beschloß und bloß 85.000 Mann unter dem Erzherzog Albrecht im Festungsviereck aufstellte, vereinigte es seine Hauptarmee, 247.000 Mann, für den Krieg gegen Preußen; hierzu kamen 140.000 Mann deutsche Hilfstruppen. Davon wurden 270.000 Mann (Österreicher und Sachsen) unter Benedek in Böhmen und Mähren aufgestellt, 120.000 Mann blieben im Westen und Süden Deutschlands.

Preußen verfügte über 300.000 Mann. Hiervon wurden 45.000 Mann für den Krieg in Deutschland bestimmt, mit 255.000 Mann beschloß man den Krieg gegen Österreich zu führen. Den Oberbefehl übernahm König Wilhelm I. selbst, Moltke war sein Generalstabschef. Das Zentrum bildete die erste Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl in der Lausitz, den linken Flügel die zweite Armee unter dem Kronprinzen in Schlesien, den rechten die Elbarmee unter dem General Herwarth von Bittenfeld in Sachsen.

Der Krieg wurde demnach zu gleicher Zeit auf drei Schauplätzen geführt: in Böhmen, in Deutschland und in Italien.

Der Operationsplan des österreichischen Generals Krismanitsch wählte von vornherein die Defensive. Die Nordarmee wurde um Olmütz in Mähren zusammengezogen, um Wien zu decken, und nicht bloß die Verbindung mit den süddeutschen Kontingenten wurde aufgegeben, sondern auch Sachsen geopfert. Erst als man erkannte, daß Preußen nicht bloß in Schlesien, sondern auch in der Lausitz und in Sachsen seine Streitkräfte konzentrierte, wurde die Armee nach Böhmen in Marsch gesetzt, um zwischen der oberen Elbe und der Iser Stellung zu nehmen.

Diese Gegend, das Plateau von Gitschin, war auch das Ziel der preußischen Armee, welche Ende Juni an drei Stellen die böhmische Grenze überschritt: die Elbarmee bei Schluckenau, die erste bei Reichenberg, die zweite bei Liebau und Nachod. Da Benedek noch in seinem Flankenmarsch von Olmütz auf Josephstadt begriffen war, so wurde keiner dieser Pässe den Preußen streitig gemacht.

Der Kronprinz von Sachsen und Clam-Gallas (1. Korps) hatten den Befehl erhalten, nur die Iserlinie zu halten. Clam-Gallas erwartete deshalb bei Münchengrätz die Elbarmee, die am 26. Juni bei Hühnerwasser seine Vorhut zurückwarf. In der Nacht zum 27. bemächtigte sich die erste Armee des Flußüberganges bei Podol, Clam-Gallas wurde am 28. Juni aus seiner Stellung ... bei Münchengrätz herausgeworfen, und am 29. Juni wurden Österreicher und Sachsen nach heftigem, verlustreichem Gefecht bei Gitschin von der ersten Armee gezwungen, in ziemlicher Unordnung ... zurückzugehen.

Inzwischen war es auch der zweiten Armee, der des Kronprinzen, gelungen, die Gebirgspässe zwischen Schlesien und Böhmen zu überschreiten. Benedek warf dem 5. preußischen Korps nach Nachod bloß das 6. (Ramming), dem 1. preußischen Korps nach Trautenau das 10. (Gablentz) entgegen, von denen am 27. Juni das 6. von Steinmetz zurückgeschlagen wurde, das 10. zwar Bonin bei Trautenau besiegte und auf Liebau zurückwarf, aber am 28. Juni von der Garde bei Soor in der Flanke angegriffen und mit großen Verlusten geschlagen wurde.

Bei Skalitz warf Steinmetz am 28. Juni auch das 8. Korps unter dem Erzherzog Leopold zurück und erreichte am 29. Juni, nachdem er das 4. Korps aus seiner starken Position bei Schweinschädel verdrängt hatte, bei Gradlitz die Elbe, welche das Gardekorps an demselben Tag bei Königinhof erreichte.

Indem die erste Armee am 1. Juli bis Miletin und Horitz vorrückte, hatte das preußische Heer

den konzentrischen Vormarsch in Böhmen glücklich vollendet, seine Front von 300 auf 40 km verkürzt und seine strategische Vereinigung zu gemeinsamen Operationen in demselben Augenblick bewerkstelligt, in dem König Wilhelm von Reichenberg aus den Oberbefehl über die vereinigten Streitkräfte übernahm.

Dem gegenüber befand sich die österreichische Armee bereits in höchst ungünstiger Lage: die Gefechte der letzten Junitage hatten über 30.000 Mann und 16 Geschütze gekostet und den moralischen Halt der Truppen, besonders aber das Vertrauen des Oberfeldherrn Benedek in sich, sein Heer und die Sache, für die er focht, merklich erschütterte.

Benedek riet sogar in einem Telegramm vom 2. Juli zum Frieden um jeden Preis. Jedoch faßte er sich wieder und nahm am 2. Juli zwischen der Bistritz und Elbe auf einem hügeligen Terrain nördlich der Festung Königgrätz eine feste Stellung, in welcher er den Angriff des Gegners erwartete.

Da das preußische Hauptquartier am 2. Juli abends von der Stellung der Österreicher unterrichtet wurde und sofort die Befehle zum Angriff an alle drei Armeen erließ, so fand am 3. Juli auf den Höhen von Chlum die Entscheidungsschlacht von Königgrätz statt. Obwohl die völlige Vernichtung der österreichischen Armee dadurch verhindert wurde, daß das preußische Hauptquartier, selbst nicht über die Tragweite des errungenen Erfolgs im klaren, am 4. und 5. Juli die energische Verfolgung unterließ, so daß sich Benedek in drei Kolonnen in das befestigte Lager nach Olmütz retten und dort sein Heer neu ordnen konnte, so waren die politischen und strategischen Wirkungen des Königgrätzer Sieges außerordentlich.

Die österreichische Regierung warf sich jetzt ohne Rückhalt in Napoleons Arme und trat ihm am 4. Juli die Provinz Venetien ab, deren Besitz die österreichische Südararmee erst am 24. Juni durch den Sieg über die Italiener bei Custoza von neuem gesichert hatte. Sie hoffte hierdurch nicht bloß die Neutralität Italiens, sondern auch die energische Intervention Frankreichs zu ihren Gunsten zu erlangen.

Jedoch Italien weigerte sich, sein Bündnis mit Preußen zu brechen, und Napoleon, dessen auf die gegenseitige Aufreißung Österreichs und Preußens berechneter Plan der Sieg von Königgrätz durchkreuzt hatte, war infolge der mangelhaften Ausrüstung seines Heeres nicht in der Lage, mehr als seine guten Dienste für die Vermittlung des Friedens anzubieten.

Inzwischen näherte sich nach einer kurzen Rast auf dem Schlachtfeld von Königgrätz das preußische Heer mit bedrohlicher Geschwindigkeit der österreichischen Hauptstadt. Am 13. Juli hielt König Wilhelm in Brünn seinen Einzug, am 16. Juli erreichte die Avantgarde des Prinzen Friedrich Karl den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Lundenburg und sperrte den direkten Weg von Olmütz nach Wien und Preßburg; an demselben Tag drang die Elbarmee bis Hollabrunn, 45 km von Wien, vor; am 17. Juli schlug der König sein Hauptquartier in Nikolsburg, 70 km von Wien, auf.

Als daher die Österreicher sich zur Wiederaufnahme des Kampfes anschickten, welchen der zum Oberbefehlshaber ernannte Sieger von Custoza, Erzherzog Albrecht, leiten sollte, und alle erreichbaren Streitkräfte der Nord- und Südararmee zur Verteidigung Wiens herangezogen wurden, konnten aus Italien doch nur 50.000 Mann herbeigeschafft werden und die Nordarmee unter Benedek nur auf einem beschwerlichen Umweg über die Kleinen Karpaten und durch das Tal der Waag die Donau bei Preßburg erreichen.

Bereits war aber dieser wichtige Punkt in Gefahr, den Österreichern entrissen zu werden. Die preußische Division Fransecky hatte am 22. Juli im Gefecht von Blumenau die österreichische Brigade Mondl, welche Preßburg deckte, schon umgangen, als Eilboten den Abschluß einer Waffenruhe verkündeten.

Zwar hatte Erzherzog Albrecht einen zuversichtlichen Armeebefehl erlassen, und bei Floridsdorf waren rasch Schanzen aufgeworfen worden. Indes die Preußen standen vor den Toren Wiens in einer Stärke, die größer war als bei Beginn des Krieges, trotz der blutigen Kämpfe,

der anstrengenden Märsche, ... trotz der verheerenden Wirkungen der Cholera. 660.000 Mann hatte Preußen am Ende des Krieges unter den Waffen und war entschlossen, den Krieg bis zur Entscheidung mit aller Energie fortzusetzen.

Bereits sammelte Klapka in Oberschlesien eine meist aus ungarischen Kriegsgefangenen gebildete ungarische Legion, um das seit 1849 von Österreich geknechtete Land zum Aufstand aufzurufen. Der Sieg, den Tegetthoff am 20. Juli bei Lissa über die italienische Flotte erfocht, machte Italien den Abschluß eines Separatfriedens erst recht unmöglich und zwang es, weniger aus Rücksicht auf Preußen als auf den Unwillen und die Ungeduld der Nation, die Operationen zu Lande gegen Venetien, ... wieder aufzunehmen.

Unter diesen Umständen zeigte sich Österreich zum Frieden bereit, und am 21. Juli kam in Nikolsburg eine fünftägige Waffenruhe vom 22. bis 27. Juli zustande, während welcher die Bedingungen des Friedens festgesetzt werden sollten. Diese Waffenruhe erstreckte sich nur auf den Krieg zwischen Preußen und Österreich. Der Waffenstillstand mit Italien kam erst am 12. August in Cormons zustande, nachdem Cialdini, ohne Widerstand zu finden, Venetien, mit Ausnahme der Festungen, fast ganz besetzt hatte. Ebenso dauerte der Krieg in Süddeutschland fort.

Durch sein rasches Vorgehen unmittelbar nach dem Bundesbeschluß vom 14. Juni hatte sich Preußen auch gegen die deutschen Mittelstaaten in Vorteil gesetzt. Obwohl es nur drei Divisionen (Goeben, Manteuffel und Beyer), im ganzen 45.000 Mann, die sogenannte Mainarmee, unter dem General Vogel von Falckenstein für den Krieg gegen die deutschen Verbündeten Österreichs verwendete, so erreichte es damit doch völlig seinen Zweck, da die Mittelstaaten an den Ernst des Krieges gar nicht geglaubt und nicht nur unvollkommen gerüstet hatten, sondern auch den Krieg selbst ohne jede ihres Zweckes bewußte Energie führten.

Zunächst gelang es, die hannoversche Armee, welche zwar noch rechtzeitig bei Göttingen gesammelt worden war, dann aber tagelang plan- und ziellos zwischen dem Harz und Thüringer Wald hin und her zog und auf die Ankunft des bayerischen Heeres harrete, welches seinerseits die Hannoveraner südlich des Thüringer Waldes erwartete, in dem blutigen Gefecht bei Langensalza (27. Juni) zu stellen und am 29. Juni zur Kapitulation zu zwingen.

Hierauf rückte Falckenstein am 2. Juli über den Thüringer Wald gegen die Bayern, welche in der Stärke von 40.000 Mann unter dem Prinzen Karl von Bayern im Begriff waren, vom Tal der Werra sich nach dem der Fulda zu wenden, um dem aus Württembergern, Hessen, Badensern, Nassauern und Österreichern gebildeten 8. Bundesarmee korps unter dem Prinzen Alexander von Hessen, das von Frankfurt am Main sich ebenfalls Fulda näherte, die Hand zu reichen.

Am 4. Juli lieferte die Division Goeben den Bayern das Gefecht bei Dermbach, welches den Prinzen Karl veranlaßte, sich durch die Rhön hinter die Fränkische Saale zurückzuziehen. Eine einzige preußische Granate, welche am 4. bei Hünfeld in zwei Kürassierschwadronen eine verheerende Wirkung hervorbrachte, scheuchte die ganze bayerische Kavallerie unter dem Prinzen Thurn und Taxis bis nach Schweinfurt zurück. Der Prinz Alexander wich einem ... Zusammenstoß sofort nach Westen aus.

Falckenstein erzwang darauf am 10. Juli die Saalübergänge bei Hammelburg und Kissingen, wo es zu einem blutigen Zusammenstoß kam, wandte sich plötzlich nach Westen den Main abwärts gegen das 8. Bundeskorps, schlug am 13. Juli die Hessen bei Laufach, zersprengte am 14. Juli bei Aschaffenburg die österreichische Brigade Neipperg und besetzte am 15. Juli Frankfurt. Hier wurde Falckenstein abberufen und Manteuffel zum Oberbefehlshaber der Mainarmee ernannt. Dieser bekam den Befehl, in Süddeutschland so weit wie möglich vorzudringen, während gleichzeitig eine aus preußischen und mecklenburgischen Truppen gebildete Reservearmee unter dem Großherzog von Mecklenburg in das bayerische Oberfranken einrückte.

Manteuffel marschierte am linken Mainufer aufwärts gegen die Tauber, hinter welcher die Bayern und Bundestruppen standen. Sein Plan, sich zwischen beide zu schieben und sie einzeln zu schlagen, wurde zwar durch Goeben vereitelt, der am 24. Juli bei Werbach und Tauberbischofsheim sich mit solcher Wucht auf die Badenser und Württemberger warf, daß Prinz Alexander sich sofort gegen Würzburg auf die Bayern zurückzog. Indes lieferte dieser am 25. Juli nur das matte Gefecht bei Gerchsheim und entwich dann hinter das rechte Mainufer, wo sich sein Korps auflöste.

Die Bayern leisteten am 25. und 26. Juli bei Helmstadt und Roßbrunn den Divisionen Beyer und Flies hartnäckigen Widerstand, zogen sich dann aber auch nach Würzburg zurück. Jetzt beeilten sich die süddeutschen Regierungen, durch Gesandte, welche sie nach Nikolsburg schickten, von Preußen einen Waffenstillstand zu erlangen, welcher ihnen am 2. August gewährt wurde.

Inzwischen war nämlich am 27. Juli in Nikolsburg der Präliminarfriede (vorläufiger Friede) zwischen Preußen und Österreich zustande gekommen, welcher Österreich verpflichtete, zur Auflösung des Deutschen Bundes und zu einer neuen Gestaltung Deutschlands ... seine Zustimmung zu geben, an Italien Venetien, an Preußen seine Rechte auf Schleswig-Holstein abzutreten, 20 Millionen Taler Kriegskosten zu bezahlen und die von Preußen in Norddeutschland herzustellenden neuen Einrichtungen, einschließlich der Territorialveränderungen (von denen nur das Königreich Sachsen ausgeschlossen war), anzuerkennen.

Die einzige Wirkung der französischen Vermittlung war der Zusatz zu Artikel 5, daß die nördlichen Distrikte von Schleswig, deren Bevölkerung durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen gäbe, mit Dänemark vereinigt zu werden, an dieses abgetreten werden sollten.

Was die Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland anbelangte, so beanspruchte Preußen allerdings über Norddeutschland die unbedingte Herrschaft; es war entschlossen, nicht nur Schleswig-Holstein und die norddeutschen Staaten, welche am Kriege gegen Preußen teilgenommen, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt am Main, seinem Gebiet einzuverleiben, sondern auch sämtliche norddeutschen Staaten zu einem staatlichen Gemeinwesen, dem Norddeutschen Bund, zu vereinigen. Dagegen wurde im Artikel 4 des Nikolsburger Vertrages bestimmt, daß die südlich vom Main gelegenen deutschen Staaten einen besonderen unabhängigen Bund bilden sollten.

Indem jedoch Preußen mit Ausnahme von Grenzberichtigungen auf Gebietsabtretungen von seiten der süddeutschen Staaten verzichtete, gewann es dieselben für den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses, in welchem sie bei Ausbruch eines Krieges ihre Truppen unter preußischen Oberbefehl zu stellen sich verpflichteten.

Auch wurde ihnen in den Friedensverträgen das absolute Veto in dem neu zu begründenden Zollverein entzogen; außerdem mußte Bayern im Friedensvertrag vom 22. August 30 Millionen, Württemberg vom 13. August 8 Millionen, Baden vom 17. August 6 Millionen, Hessen-Darmstadt vom 3. September 3 Millionen Gulden Kriegskosten bezahlen. Am 23. August wurde der definitive Friede mit Österreich zu Prag abgeschlossen; mit Sachsen kam er erst am 22. Oktober zustande. Der Friedensschluß zwischen Österreich und Italien fand am 1. Oktober statt.

So wurde der Krieg rasch und in einer Weise zu Ende geführt, die dem besiegten Teil jede überflüssige Schädigung und Demütigung ersparte und Preußens Überlegenheit in staatlicher und militärischer Beziehung so deutlich kundgab, daß sein moralisches Anrecht auf die Führerschaft des deutschen Volkes fast allgemein anerkannt wurde.<<

Bismarck erläutert während des Krieges mit Österreich im Jahre 1866 die politischen Ziele Preußens (x176/197): >>Ich verfolge mit durchaus ruhigem Gewissen einen Endzweck, den ich als für mein Land und Deutschland nützlich ansehe. Was die Mittel betrifft, so habe ich in Ermangelung anderer mich derer bedient, die sich mir darboten. Bei der gegenwärtigen Lage

Preußens in Deutschland und gegenüber Österreich mußten wir vor allem eine Armee haben. Das ist in Preußen die einzige disziplinierte Macht. In der Armee ist jeder Preuße ein prächtiger Soldat und schlägt sich wie ein Löwe für die Ehre des Landes. Durch meine Familie, meine Erziehung bin ich vor allem ein Mann des Königs.

Vor sechzehn Jahren lebte ich ruhig als Landedelmann (Junker). Da rief mich der Wille des Königs als Bundestags-Gesandten nach Frankfurt. Schon damals faßte ich den Plan, den ich jetzt auszuführen suche: Norddeutschland in seiner vernünftigen und natürlichen Gestalt unter die Führung Preußens zu bringen.

Um dieses Ziel zu erreichen, würde ich allem trotzen, dem Exil und selbst dem Schafott. Im Konflikt zwischen König und Parlament stand ich auf der Seite des Königs; meine persönliche Ehrfurcht vor ihm, meine ganze Vergangenheit, alle meine Familienüberlieferungen machten mir das zur Pflicht. Allein, daß ich von Natur oder aus Prinzip der Gegner des parlamentarischen Systems sein soll, das ist eine ganz grundlose Unterstellung. ...<<

Nach dem glänzenden "preußischen Blitzsieg" gegen Österreich (Bürgerkriegsdauer = knapp 3 Wochen, österreichische Verluste = 23.000 Tote und Verwundete) ergaben sich die süddeutschen Staaten kampfflos (x215/315).

König Wilhelm I. wollte Österreich nach dem Sieg bei Königgrätz zunächst vollständig besetzen lassen. Bismarck warnte jedoch davor, die Schwäche der Habsburger auszunutzen und konnte die Pläne des Kaisers erfolgreich verhindern.

Bismarck berichtet später in seinen Lebenserinnerungen über die Auseinandersetzungen mit dem preußischen König (x237/175): >>Ich entwickelte dem König ... die politischen und militärische Gründe, welche gegen die Fortsetzung des Krieges sprachen.

Österreich schwer zu verwunden, dauernde Bitterkeit und Revanche-Bedürfnis mehr als nötig zu hinterlassen, müßten wir vermeiden, vielmehr um die Möglichkeit, uns mit dem heutigen Gegner wieder zu befreunden, wahren und jedenfalls den österreichischen Staat als einen guten Stein im europäischen Schachbrett und die Erneuerung guter Beziehungen zu demselben als einen für uns offen zu haltenden Schachzug ansehen.

Wenn Österreich schwer geschädigt wäre, so würde es der Bundesgenosse Frankreichs und jedes Gegners werden; es würde selbst seine antirussischen Interessen der Revanche gegen Preußen opfern. ...<<

Bismarck schreibt am 9. Juli 1866 an seine Ehefrau (x233/96-97): >>Uns geht es gut, trotz Napoleon; wenn wir nicht übertrieben in unsern Ansprüchen sind und nicht glauben die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist.

Aber wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch 3 Mächten, die uns hassen und neiden. ...<<

Der deutsche Maler Wilhelm Kügelgen (1802-1867) schreibt im Juli 1866 über den preußisch-österreichischen Krieg um die Vorherrschaft in Deutschland (x105/109-110): >>... Sieg bei Königgrätz ... Soeben (berichtet) die Zeitung: Telegraphische Depesche des Königs an die Königin vom 3. Juli: "Großer Sieg über die Österreicher. Alle 8 Corps 8 Stunden lang im Feuer, Österreicher total geschlagen. Massen von Trophäen noch nicht zu übersehen. Unsere Verluste bedeutend. Wir sind alle wohl. Gottes Gnade walte ferner über uns!"

Es ist eine unerhörte Kraftentwicklung. Seit dem 27. Juni alle Tage Schlachten, endlich dieser Sieg, der dem Kampfe vielleicht wesentlich ein Ende macht. Diese Armee hat eine Vortrefflichkeit gezeigt, wie man sie nicht geahnt hatte, von keiner Seite. Selbst die berühmte österreichische Kavallerie (wurde) von der preußischen bei jedem Zusammentreffen geworfen

Bismarck ist jetzt der populärste Mann in Preußen. Alles jubelt ihm zu, selbst die Demokraten. Ich hoffe, er bringt uns nun ein einiges Deutschland zustande. ...

Von Österreichs Unschuld zu reden, kommt mir ebenso ungereimt vor als von Preußens Un-

schuld. Ein Krieg wie dieser ist ein unabwendbares Naturereignis. Seit Anno 48 hatten sich die Verhältnisse verwirrt, die Luft war schwül und dick, fast undurchsichtig geworden ...

Der Deutsche Bund konnte nur bestehen, so lange Österreich und Preußen Hand in Hand gingen. Um dies zu ermöglichen, hat sich Preußen 50 Jahre lang vor dem liederlichen Österreich gedemütigt.

Jetzt aber ging es nicht länger, wenn nicht Preußen und mit ihm ganz Deutschland in den desolaten Zustand der altersschwachen Großmacht mit hineingezogen werden, ja, wenn nicht Preußen an der von Österreich eifrig geschürten wahnwitzigen Demokratie im eigenen Lande zugrunde gehen sollte.

Das erkannt und durchgesetzt zu haben, ist der Verdienst Bismarcks, des allgemein verkanteten und gehaßten Helden, der in dieser Brandung wie ein Felsen stand.<<

Der deutsche Jurist Rudolf von Jhering schreibt am 19. August 1866 (x233/96): >>Welches Stück Geschichte liegt zwischen meinem letzten Briefe und dem gegenwärtigen. ... Wie habe ich seit Jahren die Italiener beneidet, daß ihnen gelungen, was uns das Geschick noch auf eine ferne Zukunft hinaus zu versagen schien, wie habe ich den deutschen Cavour und Garibaldi (setzten nationale Einigung Italiens durch) ... herbeigewünscht.

Und über Nacht ist er uns erstanden in dem vielgeschmähten Bismarck. Soll man nicht glauben zu träumen, wenn das Unmögliche möglich wird?

Ich beuge mich vor dem Genie eines Bismarck. ... Wie wunderbar hat der Mann alle Fäden des großartigen Gewebes gesponnen, wie fest und sicher, daß keiner derselben riß, wie genau hat er alle Mittel und Hebel gekannt und benutzt – seinen König, Napoleon, sein Heer, die Verwaltung, Österreich und seine Kräfte – kurz, ein Meisterstück der Berechnung! ...

Was uns Uneingeweihten als freventlicher Übermut erschien, es hat sich hinterher herausgestellt als unerläßliches Mittel zum Ziel. ... Ich gebe für einen solchen Mann der Tat ... hundert Männer der liberalen Gesinnung, der machtlosen Ehrlichkeit! ...<<

Während Österreich überaus großzügige Friedensbedingungen erhielt und geschont wurde (keine Annexionen), annektierte Preußen (gegen den Willen der Landesfürsten und der Bevölkerung) die norddeutschen Staaten Schleswig-Holstein, das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen, Hessen-Homburg und Nassau sowie die Freie Reichsstadt Frankfurt am Main und gliederte diese Gebiete in den preußischen Staat ein.

In der Landtagsrede vom 25. August 1866 rechtfertigt Bismarck die Annexion der nord- und westdeutschen Staaten (x056/247): >>... Die Eroberung (von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt/Main) gründet sich auf das Recht der deutschen Nation, zu existieren ... und sich zu einigen, auf das Recht und die Pflicht Preußens, dieser deutschen Nation die für ihre Existenz nötige Basis zu liefern ...<<

Die übrigen norddeutschen Staaten und Preußen schlossen danach den sog. "Norddeutschen Bund", der den Deutschen Bund ablöste. Bis 1867 traten alle deutschen Staaten nördlich des Mains dem Norddeutschen Bund bei. Die süddeutschen Staaten behielten wegen des französischen Widerstands ihre Selbständigkeit, mußten sich aber mit Preußen gegen Frankreich verbünden. Österreich wurde aus dem deutschen Staatenbund ausgeschlossen und mußte den neuen Norddeutschen Bund im August 1866 anerkennen (Frieden von Prag). Das Großherzogtum Luxemburg (bisher deutscher Bundesstaat) wurde im Jahre 1866 selbständig.

Nach dem siegreichen Bürgerkrieg und der maßvollen, versöhnlichen Politik Bismarcks stieg das Ansehen des preußischen Staates erheblich. Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung stand jetzt auch hinter dem "eisernen Kanzler" Bismarck.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den Norddeutschen Bund von 1866-1870 (x812/217-218): >>Norddeutscher Bund, Bundesstaat, zu welchem nach Auflösung des Deutschen Bundes infolge des Krieges von 1866 sich durch den Vertrag vom 18. August 1866 folgende Staaten vereinigten: Preußen, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braun-

schweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt, die beiden Schwarzburg, Reuß jüngere Linie, Waldeck, Schaumburg-Lippe und Lippe sowie die Freien Städte Lübeck, Hamburg und Bremen.

Am 21. August folgten die beiden Mecklenburg, am 3. September der Großherzog von Hessen für seine nördlich vom Main gelegene Provinz Oberhessen, am 26. September Reuß ältere Linie, am 8. Oktober Sachsen-Meiningen und am 21. Oktober endlich das Königreich Sachsen. Somit umfaßte der Norddeutsche Bund ein Gebiet von 415.150 qkm mit einer Bevölkerung von fast 30 Millionen.

Am 15. Dezember 1866 traten die Vertreter jener Staaten zusammen, um die Verfassung dieses Bundesstaates zu beraten; am 12. Februar 1867 fanden die Reichstagswahlen statt, am 24. Februar wurde der konstituierende Reichstag vom König von Preußen eröffnet. Am 16. April nahm der Reichstag die vorgeschlagene Verfassung an, die am 24. Juni 1867 publiziert wurde und am 1. Juli in Kraft trat. Am 26. Juli übernahm König Wilhelm die ihm als Präsidenten des Bundes übertragenen Rechte und Pflichten, am 15. August trat der Bundesrat zusammen, am 31. August fanden die Reichstagswahlen statt, und am 10. September wurde der erste und einzige Reichstag des Bundes eröffnet.

Nachdem im November 1870 Baden, Hessen, Bayern und Württemberg sich dem Norddeutschen Bund angeschlossen und die betreffenden Verträge am 9. Dezember auch von dem am 24. November wieder zusammengetretenen Reichstag genehmigt waren, beantragte am 9. Dezember der Bundesrat die Bezeichnung des erweiterten Bundes mit dem Namen: "Deutsches Reich", die am 10. Dezember vom Reichstag genehmigt wurde.

Am 31. Dezember 1870 wurde die neue Verfassung des Reiches verkündet, womit der Norddeutsche Bund sein Ende nahm. Die Gesetze des Norddeutschen Bundes gingen meist auf das Deutsche Reich über, die Anleihen wurden aus der französischen Kriegsentschädigung getilgt.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1866-1869 (x812/522-524): >>(Österreich) ... Österreich war nicht geneigt, die Elbherzogtümer an Preußen zu überlassen; höchstens für eine Landabtretung in Schlesien hätte es auf seine ... (vermeintlichen Rechte) verzichtet. Für Geld wollte es Schleswig-Holstein ebensowenig hergeben wie Venetien. Es übertrug also die Entscheidung der Erbfolgefrage dem Bund. Dies sah Preußen als einen Bruch der Verträge an.

Nach heftigen Streitigkeiten führte Österreich, nachdem es einen Kongreß zur Schlichtung des Streites abgelehnt hatte, im Vertrauen auf seine kriegerische Überlegenheit und die Hilfe der meisten deutschen Staaten den Ausbruch des Krieges (Preußisch-Deutscher Krieg) durch seinen Antrag auf Mobilmachung der nichtpreußischen Bundeskorps, der am 14. Juni 1866 vom Bundestag angenommen wurde, herbei.

Die österreichische Streitmacht siegte zwar über das mit Preußen verbündete Italien zu Lande am 24. Juni bei Custozza, zur See am 20. Juli bei Lissa, unterlag aber den Preußen völlig in Böhmen, zuletzt bei Königgrätz (3. Juli).

Österreich wurde gezwungen, unter Preisgebung seiner deutschen Verbündeten den Frieden von Prag (23. August) zu schließen. Derselbe legte zwar Österreich, abgesehen von der Abtretung Venetiens, keine Verluste an Ländergebiet auf, drängte es aber aus Deutschland hinaus, so daß es die 1815 errungene und 1849 wiedereroberte herrschende Stellung in Italien und Deutschland für immer verlor.

Naturgemäß übte der unglückliche Ausgang des Krieges auch auf die inneren Verhältnisse Österreichs eine bedeutende Wirkung aus. Die Sistierungspolitik mußte aufgegeben und möglichst rasch verfassungsmäßige Zustände hergestellt werden, damit die Finanzen geordnet und die notwendigen Reformen in Angriff genommen werden konnten.

Belcredis Plan war, Österreich in fünf Königreiche mit feudalen Verfassungen zu zerlegen,

welche nur durch die Person des Kaisers verbunden sein sollten; der Kaiser und seine Minister sollten die gemeinsamen und äußeren Angelegenheiten nach eigenem Ermessen leiten. Er bereitete zu diesem Zweck die Berufung eines außerordentlichen Reichsrates der deutsch-slawischen Länder vor.

Die bisherigen Landtage derselben wurden am 3. Februar 1867 aufgelöst und die Wahl neuer Landtage angeordnet, welche die Mitglieder eines außerordentlichen Reichsrates zu ernennen hätten. Diesem sollte der Ausgleich mit Ungarn vorgelegt werden, worauf dann die Polen, Tschechen und Kroaten ähnliche Zugeständnisse gefordert und erhalten hätten. Die Slawen ... (hätten) also das Übergewicht in Österreich erhalten und ... (Österreich wäre) ein feudal-konservative Föderativstaat mit absolut monarchischer Spitze geworden.

Gegen den Belcredischen Plan erklärten sich aber sowohl die gemäßigte Partei der Ungarn, deren Führer Deák ihre Forderungen genau formuliert hatte, als die Führer der deutschen und liberalen Partei in den deutsch-slawischen Kronländern. Mehrere Landtage verlangten in Adressen an die Krone die Wiederherstellung der Februarverfassung und den Ausgleich mit Ungarn und drohten, die Wahlen zum außerordentlichen Reichsrat zu verweigern, während in Ungarn nach Ablehnung der Deákschen Forderungen die radikale Partei, welche nur eine reine Personalunion zugestehen wollte, zur Herrschaft gelangt wäre.

Da demnach der Plan Belcredis unausführbar schien, bewog Beust, der im Oktober 1866 zum Minister des Auswärtigen ernannt worden war, den Kaiser, die Wünsche der Deutschen und der Ungarn zu erfüllen, in Österreich den engeren Reichsrat wieder einzuberufen und in Ungarn sofort ein Ministerium zu ernennen, mit dem der Ausgleich abgeschlossen werden könne. Belcredi erhielt seine Entlassung, und Beust wurde am 7. Februar 1867 Ministerpräsident.

In Ungarn wurde Graf Andrassy am 17. Februar zum Präsidenten eines verantwortlichen Ministeriums ernannt. Mit diesem und Deák wurden nun die Bedingungen des Ausgleiches zwischen Österreich und Ungarn vereinbart und nach der Sanktion durch den Kaiser ... im Februar 1867 verkündigt.

Der Ausgleich teilte das bisherige Reich, das nun den Namen "Österreichisch-Ungarische Monarchie" erhielt, in eine österreichische und eine ungarische Hälfte, welche außer durch die Person des Herrschers auch durch gemeinsame Institutionen verbunden waren. Siebenbürgen wurde mit Ungarn völlig verschmolzen, Kroatien und die Militärgrenze mit Vorbehalt gewisser Sonderrechte vereinigt.

Der Ausgleich zerfiel in einen staatsrechtlichen und einen finanziellen Teil; der erstere, welcher die Errichtung gemeinsamer Reichsministerien für Auswärtiges, Krieg und Finanzen und die Bildung einer gemeinsamen Vertretung, der Delegationen, betraf, sollte für immer gelten, der andere, die finanziellen Leistungen und den Abschluß eines Zoll- und Handelsbündnisses festsetzende alle zehn Jahre revidiert werden. Von den gemeinsamen Ausgaben sollte Ungarn 30 Prozent zahlen, in den Delegationen aber der österreichischen Reichshälfte, die 70 Prozent zahlte, gleichberechtigt sein. Durch die Königskrönung am 8. Juni 1867 fand die Versöhnung mit Ungarn ihren Abschluß.

In der österreichischen ... Reichshälfte wurde der Ausgleich mit Ungarn, welcher allerdings den Ungarn übermäßige Vergünstigungen eingeräumt hatte, und das dadurch begründete dualistische System von den um ihre Hoffnung auf Autonomie betrogenen Slawen heftig getadelt, während die Deutschen hierdurch das dauernde Übergewicht in der österreichischen Hälfte zu erlangen, ferner die liberale Verfassung wiederhergestellt zu sehen hofften und daher ihre Sympathien für einen zentralisierten Kaiserstaat zurückdrängten.

In der Tat wurde zum 22. Mai 1867 der engere Reichsrat zusammenberufen, nachdem ein interimistisches österreichisches Ministerium unter Taaffe gebildet worden war. Der Kaiser gab in der Thronrede die Versicherung, daß sein ganzes Bemühen auf den Ausbau und die Erhaltung konstitutioneller Einrichtungen gerichtet sei, teilte den Ausgleich mit Ungarn als eine

unwiderrufliche Tatsache mit und äußerte die zuversichtliche Hoffnung, daß der Reichsrat demselben seine Zustimmung nicht versagen werde.

In diesem hatte die liberal gesinnte Partei, zu der die Polen hielten, die Mehrheit, und sie erfüllte den Hauptwunsch der Regierung, indem sie nach längeren Verhandlungen über die finanziellen Bedingungen, namentlich die Verpflichtung Ungarns zur Verzinsung der Staatsschuld, im Dezember 1867 den Ausgleich genehmigte. Auch das Budget der Regierung wurde ohne wesentliche Änderungen angenommen, obwohl dasselbe ein Defizit von 46 Millionen Gulden aufwies; die Staatsschuld war auf 3.046 Millionen Gulden angewachsen ...

Am 1. Januar 1868 erfolgte die Ernennung eines neuen verantwortlichen Ministeriums ... Das neue Ministerium legte dem Reichsrat sofort drei Kirchengesetze vor, welche von diesem angenommen und am 25. Mai vom Kaiser sanktioniert wurden; durch dieselben wurde die Gerichtsbarkeit in Ehesachen den weltlichen Gerichten überwiesen, die oberste Leitung und Aufsicht über das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen dem Staat zuerkannt und die interkonfessionellen Verhältnisse im Sinn der Gleichberechtigung geregelt.

Der päpstliche Nuntius erließ sofort einen Protest gegen die Gesetze als eine Verletzung des Konkordats, und Pius IX. selbst erklärte sie am 22. Juni ... für null und nichtig. Indessen die Regierung konnte sich auf die Zustimmung des größten Teiles der Bevölkerung berufen, wenn sie diese Proteste unbeachtet ließ und den Klerus warnte, nicht durch seine Opposition gegen den Staat die bedeutenden Rechte, welche die Kirche noch besaß, zu gefährden. Gegen einen der heftigsten Bischöfe, Rudigier von Linz, wurde ein Strafverfahren eingeleitet, andere Bischöfe, welche sich weigerten, die Eheprozeßakten auszuliefern, durch Geldstrafen dazu gezwungen. ...

In der nächsten Session, die am 17. Oktober 1868 eröffnet wurde, beriet der Reichsrat das neue Wehrgesetz, welches für die nächsten 10 Jahre eine Dienstzeit von 12 Jahren, davon 3 in der Linie, bei allgemeiner Wehrpflicht, eine Kriegsstärke von 800.000 Mann und ein Heeresbudget von 80 Millionen Gulden festsetzte; die Landwehr sollte in beiden Reichshälften ihre besondere Organisation erhalten, die aktive Armee aber eine einheitliche sein.

Der ungarische Reichstag hatte das Gesetz schon am 7. August genehmigt, der österreichische Reichsrat tat es im November, und endlich wurde es von den Delegationen in Pest im Dezember bestätigt. Hierzu kam 1869 noch ein Gesetz über die Einführung der Schwurgerichte für politische und Presseprozesse. Hiermit schien aber die reformierende Kraft des Ministeriums erschöpft zu sein.

Unzweifelhaft hatte die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände segensreich auf die Entwicklung Österreichs eingewirkt. Das geistige und materielle Leben regte sich, der Wohlstand hob sich, die produktive Tätigkeit in allen Zweigen des Erwerbes war entfesselt. Die peinliche Sparsamkeit der Regierung hatte das Defizit fast beseitigt und neue Anleihen vermieden, so daß die Kapitalien für produktive Unternehmungen flüssig wurden.

Österreich spielte eine bescheidenere Rolle in Europa als früher, nahm aber immer noch eine geachtete und ehrenvolle Stellung ein, nur daß die auswärtige Politik nicht mehr so wie früher seine inneren Verhältnisse beherrschte. Der Reichskanzler Graf Beust hatte allerdings ebensowenig wie der Hof und das Heer auf jede Wiedervergeltung für 1866 verzichtet und sich seit 1867 Frankreich in auffälliger Weise genähert. Wenigstens Süddeutschland hoffte er dem preußischen Machtbereich vorenthalten zu können. Aber seine Politik war durchaus vorsichtig und vermied jede Herausforderung. ...

Die größte Schwierigkeit, auf welche das Bürgerministerium unter Taaffe (Auersperg war am 24. September 1868 zurückgetreten) bei seinen liberalen und zentralistischen Bestrebungen stieß, kam von den Slawen namentlich von den in ihren Hoffnungen auf die Autonomie der Wenzelskrone betrogenen Tschechen. Diese bestritten in ihren Versammlungen und in ihrer Presse von Anfang an die Rechtsbeständigkeit des Reichsrates, und ihr fanatischer Haß gegen

alles Deutsche und gegen die deutsch gesinnte Regierung gab sich in pöbelhaften Exzessen, besonders bei einem Besuch des Ministers Herbst in Prag, kund.

Als am 22. August 1868 der böhmische Landtag zusammentrat, erschienen die 81 tschechischen Abgeordneten nicht, sondern überreichten am 23. August eine "Deklaration" (daher wurden sie Deklaranten genannt), in welcher sie gegen die Kompetenz des Reichsrates, für Böhmen gültige Gesetze zu geben, protestierten und die Regelung des Verhältnisses der böhmischen Krone zum Reich durch einen Vertrag zwischen dem Kaiser und der böhmischen Nation verlangten. Auch die tschechischen Mitglieder des mährischen Landtages traten mit einer ähnlichen Erklärung auf, wie denn die Tschechen auch nicht im Reichsrat selbst vertreten waren.

Als die deutsche Mehrheit des böhmischen Landtages hierauf das Belcredische Sprachenzwangsgesetz vom 18. Januar 1866 aufhob, steigerten sich die Demonstrationen und Ausschreitungen derart, daß die Regierung den General von Koller zum Zivil- und Militärgouverneur von Böhmen ernannte und am 10. Oktober den Belagerungszustand über Prag und Umgebung verhängte.

Ebenso wünschten die Polen eine völlige Autonomie Galiziens, und der galizische Landtag beschloß am 24. September 1868 eine Resolution, welche für Galizien einen besonderen, dem Landtag verantwortlichen Minister, völlig unabhängige nationale Verwaltung und Gesetzgebung forderte. Ähnliche Wünsche regten sich bei den Slowenen, und in Tirol wollte man von der Verfassung aus klerikalen Beweggründen nichts wissen.

Die Schwäche der österreichischen Staatsverwaltungsmaschine zeigte sich aber 1869, als in Dalmatien das 1869 beschlossene Landwehrgesetz durchgeführt werden sollte und die Bewohner ... sich gegen die Einordnung in die Landwehrruppen und die Ablieferung ihrer Waffen empörten. Die österreichischen Truppen mußten sich nach Cattaro zurückziehen, und auch General Rodich, der mit der Herstellung der Ordnung beauftragt wurde, erreichte dieselbe nur scheinbar, indem im Frieden von Kneževac (11. Januar 1870) die Aufständischen zwar die Waffen niederlegten, aber sie sofort wieder empfangen und das Landwehrgesetz tatsächlich nicht eingeführt wurde.

Diesen zentrifugalen Bestrebungen gegenüber erwiesen sich Ministerium und Reichsrat, obwohl sie formell alle Gewalt besaßen, nicht kräftig und entschlossen genug. Dies hatte seinen Grund auch darin, daß in der deutschen Mehrheit des Abgeordnetenhauses wie in der deutschen Bevölkerung die liberalen Grundsätze das Interesse für die Aufrechterhaltung der Staatseinheit überwogen.

Der Widerstand der Regierung gegen die Aufhebung des Konkordats und die Einführung der obligatorischen Zivilehe, welche der Reichsrat noch am 25. Januar 1869 beschloß, verleitete die öffentliche Meinung wieder zum pessimistischen Mißtrauen.

Im Ministerium selbst war keine Einigkeit mehr. Im Dezember 1869 kam es aus Anlaß des Antrages des niederösterreichischen Landtages, der Reichsrat möge künftig aus direkten Wahlen hervorgehen, um dadurch von den Landtagen unabhängig zu werden und eine größere Kraft zu gewinnen, zum Bruch.

Die Mehrheit der Minister ... war dafür, daß die Wahlreform sofort durchgeführt werde; die Minderheit ... wollte aber der Reform nur unter der Bedingung zustimmen, daß die Polen und Böhmen durch Zugeständnisse zu Gunsten ihrer Autonomie versöhnt und zur Beschickung des Reichsrates bewogen würden. ...<<

Ungarn: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Ungarns von 1866-1886 (x815/1.011-1.013): >>(Ungarn) ... In dem Streit, der nach dem Frieden von Prag (23. August 1866) in Österreich über die Neugestaltung des Reiches ausbrach, nahmen die Ungarn unter Führung Deáks von Anfang an eine klare, bestimmte Stellung ein und errangen dadurch einen glänzenden Sieg.

Um einer Auflösung der Monarchie in fünf Königreiche und der Herrschaft der Slawen vorzubeugen, entschied sich der leitende Minister von Beust mit Zustimmung der Deutschliberalen für den Dualismus, für die Teilung des Reiches in eine westliche Hälfte, wo die Deutschen, und eine östliche Hälfte, wo die Magyaren das Übergewicht haben sollten. Beust verständigte sich in persönlichen Verhandlungen mit den Führern der Deák-Partei über die Bedingungen des Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn.

Dem Reichstag, wie der Landtag nun wieder hieß, wurde am 18. Februar 1867 die Wiederherstellung der Verfassung von 1848 ... angezeigt. Siebenbürgen und das Banat wurden sofort mit Ungarn wieder verschmolzen, mit Kroatien wurde ein Ausgleich ... (vereinbart), der am 20. September 1868 zustande kam.

Ungarn wurde als selbständiger Staat anerkannt, der mit Österreich durch gewisse gemeinsame Angelegenheiten verbunden war und zunächst auf zehn Jahre ein Zoll- und Handelsbündnis mit ihm schloß. Von den anerkannten Staatsschulden und von den gemeinsamen Ausgaben für das Auswärtige, Heer und Marine übernahm Ungarn bloß 30 Prozent, stand aber in den Delegationen der österreichischen Reichshälfte ebenbürtig zur Seite.

Mit allem Pomp früherer Jahrhunderte erfolgte am 8. Juni 1867 in Budapest die feierliche Krönung des Königs, und damit war die Versöhnung der Magyaren mit der Dynastie besiegelt. Die heimgekehrten Flüchtlinge schlossen sich ehrlich der neuen Ordnung der Dinge an, das Volk betätigte bei jeder Gelegenheit seine Loyalität, und der Reichstag, in welchem die gemäßigte Deák-Partei zunächst noch die entschiedene Mehrheit hatte, nahm 1868 bereitwilligst das Wehrgesetz in der Fassung der Regierung an; nicht nur das stehende Heer, sondern auch die Landwehr wurde unter den Befehl des Reichskriegsministeriums gestellt, die letztere jedoch als Honvédarmee unter dem Kommando des Erzherzogs Joseph besonders organisiert.

Das Bewußtsein des durch Ausdauer und Klugheit errungenen Sieges trieb die Magyaren an, den freiheitlichen Ausbau des Nationalstaates möglichst rasch zu vollenden.

Die politische Gleichstellung der Juden, die fakultative Zivilehe, ein Volksschulgesetz u.a. wurden beschlossen. Das Nationalitätengesetz vom 29. November 1868 bestimmte, daß alle Bewohner Ungarns die einheitliche und unteilbare ungarische Nation bilden, die ungarische Sprache Staatssprache sein sollte. Das Übergewicht der Magyaren bei den Wahlen wurde durch Verteilung der Wahlbezirke und des Stimmrechts aufrecht erhalten.

Vor allem wollte man die materielle Entwicklung des Landes durch Eisenbahnen fördern, und durch Anleihen für den Bau von Staatseisenbahnen und durch Zinsgarantien für Privateisenbahnen belastete das Ministerium Lónyay ... den Staatshaushalt so sehr, daß, als noch schlechte Ernten, Überschwemmungen und dergleichen hinzukamen, bald ein bedenkliches Defizit in den Einnahmen (1874: 31 Millionen) eintrat und man schon 1873 zu neuen Steuern schreiten mußte; der geträumte ungeheure Aufschwung des Landes erwies sich als eine Illusion. ...

Schwierig schien sich die Lage Ungarns zu gestalten beim Ausbruch der orientalischen Krise 1875. Die Magyaren waren der slawischen Bewegung, welche sich im Aufstand der Herzegowina, in der bulgarischen Empörung und im serbisch-türkischen Krieg kundgab, durchaus abgeneigt und gaben ihre Sympathien für die Türken bei verschiedenen Gelegenheiten geräuschvoll zu erkennen. Das Einschreiten Rußlands auf der Balkanhalbinsel, seine glänzenden Erfolge im Winter 1877/78 und die Neutralität der Reichsregierung diesen Ereignissen gegenüber erweckten in Ungarn die größten Besorgnisse.

In dieser Zeit bewiesen Tisza und die von ihm geleitete Mehrheit des Reichstages eine wirklich staatsmännische Klugheit. Sie bereiteten der auswärtigen Politik des Reiches keine Schwierigkeiten, ja als die Okkupation Bosniens und der Herzegowina 1878 große Verluste und Kosten verursachte und die Entrüstung über die unpopuläre Unternehmung in Ungarn aufs höchste stieg, gelang es Tisza, den Sturm zu beschwichtigen und sich und die liberale Partei in der Herrschaft zu behaupten.

In den Delegationen konnte die Reichsregierung auf die Unterstützung der Ungarn und damit auf die Annahme ihrer Anträge auch gegen die deutschliberale Partei in Österreich rechnen: die Kosten der Okkupation und die Organisation der neuen Provinzen wurden von ihnen bewilligt, das Wehrgesetz auf neue zehn Jahre genehmigt.

Dafür taten der Hof und die Reichsregierung alles, um Tisza und die liberale Partei zu unterstützen. Die nicht seltenen Beispiele von Bestechlichkeit von Beamten und Mitgliedern der herrschenden Partei und von Beteiligung derselben an Geldgeschäften, die zu Skandalen und Duellen führten, schaden der ungarischen Regierung nicht ernstlich.

In der rücksichtslosen Magyarisierung Ungarns, in der Unterdrückung der Deutschen, namentlich der Siebenbürger Sachsen, wurde dem Ministerium von Wien aus völlig freie Hand gelassen, während gleichzeitig in Österreich die deutschliberale Verfassungspartei wegen ihrer kurzsichtigen Opposition gegen die auswärtige Politik der Krone ihre maßgebende Stelle einbüßte.

Indem Tisza entschieden dafür eintrat, daß der Staat vor allem ungarisch sein, gleichzeitig aber in der Gesamtmonarchie seine Interessen nachdrücklich zur Geltung bringen müsse, gelang es ihm immer wieder, die Opposition im Parlament zu besiegen und bei den Wahlen die Mehrheit zu behalten.

In der Tat war das Programm der äußersten Linken, Losreißung von Österreich, unausführbar ... Die Finanzverhältnisse nahmen immer noch die besondere Aufmerksamkeit in Anspruch, da das Defizit aus dem Staatshaushalt nicht zu beseitigen war. Es wurden daher frühere Anleihen zu einem geringeren Zinsfuß konvertiert und neue Steuern eingeführt, andere erhöht. Die Magyarisierung der Schulen wurde 1883 durch ein Gesetz über die Mittelschulen, welches die Kenntnis des Magyarischen für alle Prüfungen vorschrieb, fortgesetzt.

Die Ablehnung eines Gesetzes über die Eheschließung zwischen Christen und Juden durch das Oberhaus (1884) brachte die lange beabsichtigte Reform desselben in Gang. Dieselbe wurde 1886 zum Gesetz erhoben ...<<

Italien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1866-1875 (x809/81-84): >>(Italien) ... Napoleon hatte der italienischen Regierung für ihre Nachgiebigkeit in der römischen Frage seinen Beistand bei der Erwerbung Venedigs versprochen. Der neue Minister, Lamarmora, hoffte, daß Österreich sich zu einer friedlichen Abtretung gegen eine hohe Geldentschädigung verstehen werde. Indes hielt es dieses für seiner nicht würdig, ohne einen neuen Waffengang auf die Provinz zu verzichten, wenn es auch selbst auf dauernden Besitz Venetiens nicht mehr rechnete.

Mit Zustimmung, ja auf Antrieb Napoleons knüpfte daher das italienische Ministerium Verhandlungen mit Preußen an, dessen gespanntes Verhältnis zu Österreich jeden Augenblick zu einem Krieg führen konnte; da sowohl Napoleon als Lamarmora die Kraft Preußens unterschätzten, so hegten sie die Zuversicht, daß Italien ohne große Anstrengungen, während die deutschen Mächte in langwierigem Kampf sich aufrieben, Venedig werde gewinnen können.

Am 8. April 1866 kam das Bündnis zwischen Preußen und Italien zustande. Es war ein Offensiv- und Defensivtraktat, in welchem sich Preußen das Recht der Initiative vorbehielt; für den Fall eines österreichischen Angriffes jedoch sollte jeder Teil gleichberechtigt sein, die Hilfe des anderen Kontrahenten zu fordern.

Nachdem der von Napoleon vorgeschlagene Kongreß an dem Widerspruch Österreichs gescheitert war, erging am 20. Juni die Kriegserklärung Italiens an Österreich mit dem Bemerkens, daß die Feindseligkeiten am 22. ihren Anfang nehmen würden (Italienischer Krieg von 1866).

Die italienische Armee, 330.000 Mann stark, worunter 250.000 Feldtruppen und ... (etwa) 30.000 Freiwillige unter Garibaldi (waren), wurde von dem König selbst geführt, dem Lamarmora als Generalstabschef zur Seite stand, neben dem aber Cialdini als Kommandant des

4. Korps eine gewisse Selbständigkeit behauptete. Zwischen den beiden genannten Generalen bestand nicht die nötige Einigkeit. Der von Lamarmora entworfene Feldzugsplan bestand darin, daß die Hauptarmee den Mincio überschreiten und durch das Festungsviereck nach der Etsch vordringen sollte, wo sich der über den unteren Po und die Etsch mit dem 4. Korps vordringende Cialdini am linken Ufer mit ihr vereinigen sollte.

Aber der Erzherzog Albrecht hatte die numerisch bei weitem schwächere österreichische Armee durch glückliche Aufstellung in die Lage gesetzt, sich nach Erfordernis auf den einen oder anderen Teil der geteilten italienischen Macht zu werfen, und brachte am 24. Juni bei Custoza dem Hauptheer des Königs unter Lamarmora eine so entscheidende Niederlage bei, daß die italienische Offensive fürs erste gänzlich aufgegeben werden mußte.

Währenddessen fiel in Böhmen bei Königgrätz am 3. Juli die Entscheidung. Unmittelbar nach derselben trat Österreich Venetien dem Kaiser Napoleon ab, indem es dessen Vermittlung Italien gegenüber in Anspruch nahm.

Der italienische Minister Ricasoli weigerte sich aber, den vertragsmäßigen Verpflichtungen gegen Preußen untreu zu werden, und erneuerte die militärischen Operationen. Am 7. Juli überschritt Cialdini den unteren Po und besetzte das Venezianische mit Ausnahme der Festungen, da die Österreicher das von ihnen bereits abgetretene Land fast ohne Schwertstreich räumten. Die Italiener dachten schon daran, sich nicht bloß mit Venetien zu begnügen, sondern alles italienisch sprechende Gebiet Österreichs, Welschtirol und Istrien, an sich zu reißen.

Zu weiteren Kämpfen kam es jedoch nur in Tirol und zur See. Trotz der großen Hoffnungen, welche man in Italien auf die Tüchtigkeit der Flotte setzte, hatte sich diese doch untätig in Ancona aufgehalten, während die österreichische Flotte bei Pola vor Anker lag.

Als nun der Admiral Persano von dem italienischen Ministerium Befehl erhielt, in See zu stechen und die befestigte Insel Lissa an der dalmatischen Küste wegzunehmen, wurde er von dem österreichischen Admiral Tegetthoff angegriffen und erlitt bei Lissa eine vollständige Niederlage (20. Juli). In Italien erhob sich ein stürmischer Unwille gegen Persano, er wurde daher mit vielen seiner Flottenoffiziere vor ein Kriegsgericht gestellt und abgesetzt.

In dem Waffenstillstand zu Cormons, am 12. August auf vier Wochen abgeschlossen, verzichtete Viktor Emanuel auf alle Erwerbungen außerhalb Venetiens und räumte die in Südtirol und Istrien besetzten Gebiete. Der definitive Friede kam aber erst am 3. Oktober in Wien zustande. In demselben wurde die Abtretung des Lombardisch-Venezianischen Königreiches innerhalb seiner bisherigen Grenze nochmals bestätigt, wogegen Italien sich verpflichtete, die auf jener Provinz haftenden Schulden zu übernehmen.

Um die Schwierigkeit der früher stattgefundenen Zession Venetiens an Napoleon zu heben, wurde am 21. und 22. Oktober noch eine Volksabstimmung in Venetien angeordnet, welche nur eine Minderheit von 69 Stimmen gegen die Einverleibung in das Königreich ergab. Am 7. November hielt Viktor Emanuel seinen feierlichen Einzug in das befreite Venedig.

Kaum war Venetien erworben, so drängte die ungeduldige Aktionspartei zur sofortigen Lösung der römischen Frage. Der Septemberkonvention gemäß hatte, nachdem eine päpstliche Armee, zumeist aus eifrig kirchlichen Freiwilligen, gebildet worden war, die französische Besatzung Rom und den Kirchenstaat geräumt.

Zum erstenmal seit Jahrhunderten war der Boden Italiens frei von fremden Truppen. Die italienische Regierung wollte sich zunächst mit diesem Erfolg begnügen und begann von neuem Verhandlungen mit der Kurie über eine friedliche Verständigung, die freilich von dieser schroff zurückgewiesen wurde.

Die Radikalen aber drängten zum Handeln. Garibaldi sammelte im Oktober 1867 eine Freischar, überschritt mit dieser am 22. Oktober die Grenze des Kirchenstaates und rückte gegen Rom. Während die päpstliche Armee den Garibaldinern entgegenzog, landete zu ihrer Unter-

stützung ein Korps von 6.000 Franzosen in Civitavecchia, und mit dessen Hilfe siegten die päpstlichen Truppen am 3. November bei Mentana über die Garibaldische Freischar, welche gänzlich auseinander gesprengt wurde. Der Rest des Kirchenstaates wurde nun wieder von den Franzosen besetzt.

Die wenig verhüllte Begünstigung, welche der damalige Ministerpräsident Rattazzi, Garibaldi hierbei hatte zuteil werden lassen, ohne doch den Mut offenen Beistandes zu haben, brachte Italien Frankreich gegenüber in eine höchst demütigende Lage, und die Unfähigkeit des jungen Königreiches, seine Selbständigkeit allein mit eigenen Kräften zu behaupten, trat offen zu Tage. Die Zerrüttung der Finanzen, das ungeheure Defizit, die Eifersucht der Parteihäupter, die Indolenz (Trägheit) und Arbeitsscheu eines großen Teiles des Volkes erschwerten eine rasche Erstarkung des jungen Staatswesens.

Der Prozeß Persano, die Affäre Lobbia enthüllten bedenkliche Schäden in den herrschenden Kreisen. Die altpiemontesische Partei, die sogenannte Consorteria, erwies sich zwar noch am meisten tüchtig in der Durchführung der notwendigen Reorganisation; aber sie war verhaßt im Volk wegen ihrer sklavischen Unterwürfigkeit unter den Willen Frankreichs, und auch die reorganisatorischen Maßregeln, wie die Einziehung der Klöster, Einsparungen im Kriegsetat etc., konnten naturgemäß nicht sofort alle Übelstände beseitigen.

Wiederum kam aber das Glück den Italienern zu Hilfe. Als 1870 der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausbrach, war Viktor Emanuel geneigt, den Dank, den er Napoleon III. und der französischen Nation zu schulden glaubte, damit abzuzahlen, daß er ihnen gegen Deutschland bewaffneten Beistand leistete. Dies verhinderte das Ministerium Lanza-Sella, ließ sich aber, als Napoleon dem italienischen Kabinett Anzeige von der bevorstehenden Räumung des Kirchenstaates durch seine Truppen machte, noch bereit finden, auf die Septemberkonvention von 1864 zurückzukommen und die Integrität des päpstlichen Besitzes anzuerkennen.

Aber die Katastrophe von Sedan änderte die gesamte europäische Lage. Die italienische Regierung war außerstande, dem einmütigen Ruf der Nation nach Roms Besitz längeren Widerstand zu leisten.

Am 7. September 1870 richtete der Minister des Äußeren ein Rundschreiben an seine Vertreter bei den fremden Mächten, worin er ihnen mitteilte, daß die italienische Regierung die für die gemeinsame Sicherheit des Papstes und Italiens notwendigen Punkte des römischen Gebietes besetzen werde, daß sie aber nach wie vor bereit sei, sich mit den Mächten über die Sicherung der geistlichen Unabhängigkeit des Papstes zu verständigen.

Gleichzeitig rückten die italienischen Truppen in den Kirchenstaat ein. Nur zum Schein, und um die äußere Gewalt konstatieren zu können, befahl der Papst, Rom zu verteidigen. Erst nachdem (eine) Bresche geschossen war, zog die Armee Viktor Emanuels am 20. September in das jubelnde Rom ein.

Der Vatikan blieb dem Papst zu ausschließlichem Besitz. Ein schon früher an den Papst gerichtetes Schreiben Viktor Emanuels blieb ebenso ohne Wirkung wie die späteren Schritte der Regierung, eine Versöhnung herbeizuführen. In der Enzyklika vom 1. November exkommunizierte Pius IX. alle Urheber und Teilnehmer der Besetzung Roms; aber das Dekret des Königs vom 8. Oktober, welches die Einverleibung Roms aussprach, blieb nichtsdestoweniger unangefochten. Die am 2. Oktober vorhergegangene Volksabstimmung hatte das Resultat, daß unter 167.000 Wählern 135.600 ihre Stimmen abgaben und 134.000 mit Ja und 1.507 mit Nein stimmten.

Kurz vorher hatte der Papst das vatikanische Konzil vertagt, welches die Unfehlbarkeit seiner Entscheidungen über Glauben und Sitte dekretiert hatte. Nach dieser maßlosen Selbstüberhebung erfolgte der jähe Sturz und der Zusammenbruch der weltlichen Macht des Papsttums. Obwohl nun eine Verständigung zwischen der päpstlichen Kurie und Italien nicht möglich

war, bemühte sich die Regierung doch, der katholischen Welt den Beweis zu liefern, daß das Oberhaupt derselben in Rom ganz unabhängig sei.

Die im Mai 1871 publizierten sog. Garantiegesetze gewährten dem Papst alle Bürgschaften. Die Person des Papstes wurde darin für heilig und unverletzlich erklärt gleich der des Königs und mit strengen Strafen jede Ehrenkränkung des Papstes bedroht. Der Papst behielt seine Leibgarde und seine Residenzen, welche volle Immunität genossen und namentlich auch zur Zeit eines Konklaves jeder Einmischung der bürgerlichen Obrigkeit unzugänglich sein sollten. Selbst eigene Post und Telegraphen zu halten, gestatteten die Garantiegesetze dem Papste.

Die päpstlichen Gesandten und die der fremden Staaten beim Papst genossen die Bürgschaften des Völkerrechts. Der Papst sollte seine kirchlichen Erlasse in Rom durch Plakate und auf jede Weise ohne Staatskontrolle veröffentlichen können. Der König verzichtete auf seine Patronatsrechte bei Ernennung der Bischöfe. 5 Millionen Lire, welche bei der Einnahme Roms sich im Staatsschatz vorfanden, wurden dem Papst zurückgestellt und ihm von seiten des Staates eine jährliche Dotation von 3.225.000 Lire ausgeworfen.

Diese günstigen Bestimmungen wurden von dem Papst zwar im wesentlichen dadurch wirkungslos gemacht, daß er sich jeder Versöhnung unzugänglich erwies und am 15. Mai noch einmal feierlich keine Garantie von der ... Regierung annehmen zu wollen erklärte; vielmehr spielte Pius IX. die heuchlerische Rolle des Gefangenen im Vatikan weiter, ohne freilich die unfehlbare Leitung der Kirche aus der Hand zu geben.

Indes, unterstützt von dem leichten Temperament des Volkes, ließen sich König und Regierung hierdurch wenig anfechten. Am 26. Januar 1871 war von den Kammern die Verlegung des Regierungssitzes nach Rom beschlossen und am 10. März die Expropriation (Enteignung) von zehn großen Klöstern daselbst zur Unterbringung der Ministerien angeordnet worden. Am 30. Juni folgte die Verlegung, am 2. Juli hielt der König seinen glänzenden Einzug in Rom ... Die meisten auswärtigen Gesandten verlegten ebenfalls ihren Sitz nach der neuen Hauptstadt, wodurch die Mächte ihre Anerkennung des Geschehenen aussprachen.

Am 27. November 1871 wurde das Parlament auf dem Monte Citorio in Rom eröffnet durch eine Thronrede des Königs, welche das Werk seines Lebens, die Einheit Italiens, hiermit für vollendet, für die Zukunft die Organisation der Freiheit und Ordnung als die höchste Aufgabe erklärte.

Vor allem galt es, die Finanzen des Staates zu regeln. Da man der Herstellung des Einheitsstaates bisher alle anderen Rücksichten untergeordnet und für die Errichtung einer starken Land- und Seemacht und deren stete Kriegsbereitschaft wiederholt große Anleihen zu wenig günstigen Bedingungen kontrahiert hatte, so waren die Staatsschulden auf 8 Milliarden, ja mit Zurechnung der Schatzscheine und Banknoten mit Zwangskurs auf 10 Milliarden gestiegen, die jährlich 460 Millionen an Zinsen erforderten.

Die Regelung der Finanzen und die Beseitigung des Defizits ... erwiesen sich daher als schwieriger, als man gedacht (hatte), obwohl die wirtschaftliche Entwicklung des Landes seit 1861 einen ungeheuren Aufschwung genommen und die regelmäßigen Einkünfte sich außerordentlich vermehrt hatten ...

Minghetti übernahm am 16. Juli 1873 den Vorsitz im Ministerium und die Finanzen. Es gelang ihm in der Tat, infolge von Ersparnissen, verbunden mit der natürlichen Vermehrung der Einnahmen, das Defizit 1875 aus dem Budget zu beseitigen und durch ein neues Bankgesetz die Abschaffung des Zwangskurses für das Papiergeld anzubahnen.

Von besonderer Bedeutung wurde das Ministerium Minghetti für die auswärtige Politik Italiens. Die Haltung Frankreichs nach dem deutsch-französischen Krieg flößte Italien allerdings einige Besorgnis ein.

Thiers war stets ein ebenso heftiger Gegner der Einheit Italiens wie der Deutschlands gewesen; um so bereitwilliger ging er daher auf die Wünsche der Klerikalen ein, die, über die Be-

setzung Roms von Wut entbrannt, am liebsten die Schmach von 1870 durch einen Kreuzzug nach Italien getilgt hätten.

Es blieb nicht nur der französische Botschafter beim Vatikan, sondern Thiers gab ihm 1872 auch einen Militärattaché bei und empfing beim internationalen metrischen Kongreß in Paris den Pater Secchi als Gesandten des Souveräns des Kirchenstaates, wogegen er damit zögerte, den Sitz des französischen Gesandten am italienischen Hofe von Florenz nach Rom zu verlegen. Im Hafen von Civitavecchia ankerte eine französische Fregatte, der Orénoque, um im Notfall den Papst bei der Flucht aus der Gefangenschaft aufzunehmen.

Da Italien Bedenken tragen mußte, allein einen Krieg mit Frankreich zu wagen, so suchte es bei den Ostmächten, Österreich und Deutschland, eine Stütze.

Nachdem bereits 1872 Kronprinz Humbert nebst Gemahlin einen Besuch in Berlin gemacht (hatten), trat, nach Thiers' Sturz und nach dem Emporkommen der Ultramontanen in Frankreich im Mai 1873, der König selbst in Begleitung Minghettis und des auswärtigen Ministers Visconti-Venosta im September 1873 eine Reise nach Wien und Berlin an, welche in Italien mit großen Beifallsbezeugungen begleitet, und durch welche Italiens Anschluß an das Dreikaiserbündnis besiegelt wurde.

Hierdurch wurde die italienische Regierung so gekräftigt, daß sie Frankreich gegenüber energischer auftreten konnte, im Oktober ihren Gesandten Nigra von Paris zeitweilig abberief und das Klostersgesetz, welches die Aufhebung fast aller Klöster und den Verkauf ihrer Güter anordnete, auch in Rom streng durchführte. Frankreich gewährte Italien 1874 die Genugtuung, daß es die Fregatte Orénoque abberief. Im Frühjahr 1875 erwiderte Kaiser Franz Joseph in Venedig, im Oktober Kaiser Wilhelm in Mailand die Besuche des Königs. ...<<

Frankreich: Nach der überraschenden österreichischen Niederlage fordert Napoleon III. am 5. August 1866 für die französische Neutralität das Saarbecken, die bayerische Pfalz, Rheinhessen mit Mainz, Landau, Germersheim und belgische Gebiete (x063/399-400).

Bismarck, der im Gegensatz zu den Österreichern keine verbindlichen Gebietsabtretungen zugesagt hatte, lehnt diese französischen Gebietsforderungen jedoch in "scharfer Form" zurück. Die französischen Hoffnungen, Österreich gegen Preußen zu gewinnen, um das linke Rheinufer zu erobern, scheitern ebenfalls. Danach beginnt zwischen Bismarck und Napoleon III. ein jahrelanges "Duell".

Besonders die Tatsache, daß Preußen immer mächtiger wird und die geschickten französischen Machtpolitiker mit Bismarck erstmalig einen gleichwertigen bzw. überlegenen Gegenspieler gefunden haben, mißfällt den deutschen Erzfeinden natürlich ungemein.

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtet später über die Rolle des Jesuitenordens in den Jahren 1866-1870 in Frankreich (x1.001/61-62): >>...

Währenddessen die französische Armee in aller Welt ihr Blut vergoß und bei der Verteidigung der Interessen, die nicht die ihrigen waren, immer schwächer wurde, war, um die deutschen Staaten in einem einzigen Block zu vereinen, Preußen unter der harten Hand des späteren "eisernen Kanzlers" (Otto Eduard Leopold, Fürst von Bismarck, Herzog von Lauenburg, 1815-1898) im Begriff, seine militärische Stärke auszubauen.

Preußischen Willens und Vollbringens erstes Opfer war Österreich. In Einigkeit mit Preußen, das das dänische Herzogtum Schleswig und Holstein erobern sollte, wurde Österreich von seinem Komplizen getäuscht. Der Krieg, der folgte, wurde alsbald am 3. Juli des Jahres 1866 bei Königgrätz (in Böhmen) von Preußen gewonnen.

Ein furchtbarer Schlag für die alte Habsburgermonarchie, die gerade im Niedergang begriffen war; genauso schwer war der Schlag für den Vatikan, war doch im deutschsprachigen Raum bis dato Österreich derart lange sein zuverlässigstes Bollwerk. Von nun an wird über jene das protestantische Preußen seine Hegemonie (Vormachtstellung) ausüben. Es sei denn ... die römische Kirche findet einen fähigen "weltlichen Arm", um die Ausdehnung dieser "ketzeri-

schen" Macht zum völligen Stillstand zu bringen.

Wer aber kann in Europa diese Rolle übernehmen, ausgenommen das französische Kaiserreich? Napoleon III., "der Mann, den die Vorsehung schickte", wird die Ehre haben, Königgrätz zu rächen. Bereit ist die französische Armee nicht. "Die Artillerie (Geschützausrüstung) ist veraltet. Geladen werden unsere Kanonen noch durch die Mündung", schrieb Rothan (Gustav Rothan, 1822-1890), französischer Gesandter in Frankfurt, der die Katastrophe kommen sieht. "Preußen weiß um seine Überlegenheit und unsern Mangel an Vorbereitung", fügt er mit vielen anderen Beobachtern hinzu.

Die Kriegsanstifter ficht dies nicht an. Anlaß für jenen Konflikt ist die Kandidatur eines Hohenzollern für den vakanten (leeren) spanischen Thron; auch Bismarck will es. Als er die Emser Depesche (von Bismarck durch Kürzungen und Umformulierungen verschärfte Fassung eines Telegramms aus Bad Ems am 13.7.1870 über Unterredungen König Wilhelms I. mit dem französischen Botschafter) fälschte, hatten die Kriegsbefürworter das Spiel in ihrer Hand und erregten die öffentliche Meinung.

Frankreich höchstselbst erklärte den Krieg, besagten "Krieg von 1870/71, den die Geschichtswissenschaft als Werk der Jesuiten nachwies", wie Gaston Bally schrieb.

Die Zusammensetzung der Regierung, die Frankreich in die Katastrophe schickte, wird von dem angesehenen Historiker Adrien Dansette (1901-1976) wie folgt beschrieben: "Napoleon III. begann Victor Duruy (französischer Historiker und Politiker, 1811-1894) zu opfern und beschloß dann, die Regierung Männern aus dem Volk zu übertragen (Januar 1870). Die neuen Minister waren fast alle aufrichtige Katholiken oder an den Sozialkonservatismus (Grundsatz der Verantwortung gegenüber Armen, Schwachen, dem Proletariat, nach 1. Korinther 12, 26) gläubige Geistliche."

Das Unerklärliche ist nunmehr leicht zu verstehen: die Eile der Regierung, aus besagter gefälschter Depesche, noch vor Erhalt einer Bestätigung, einen "Casus Belli" ("Kriegsgrund") herauszulesen.

"Die Folgen waren: der Zusammenbruch des Kaiserreichs und im Anschluß daran der Gegenangriff auf den päpstlichen Thron. ... Das kaiserliche Gebäude und das päpstliche Gebäude, gekrönt von den Jesuiten, stürzten trotz Unbefleckter Empfängnis (die katholische Lehre, daß Maria, die Mutter Jesu Christi, durch besondere Gnade Gottes ohne Erbsünde empfangen worden sei) und Unfehlbarkeit des Papstes in denselben Dreck! Aber ach! Den Dreck über der Asche Frankreichs." ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 29.05.2004) über die preußisch-französischen Beziehungen vor dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 (x887/...): >>>Der letzte Schritt auf dem Weg zum Reich

Im Deutsch-Französischen Krieg bricht Preußen den Widerstand Kaiser Napoleons III. gegen die deutsche Einheit

Traditionell lieben französische Staatsführungen Deutschland so sehr, daß sie froh sind, wenn es mehrere davon gibt, und daß sie das ihnen mögliche tun, um dazu beizutragen. So hatte der Kaiser der Franzosen im Prager Frieden vom 23. August 1866, der den Deutschen Krieg beendete, durchgesetzt, daß Deutschland dreigeteilt wurde in den preußisch dominierten Norddeutschen Bund, der die Maingrenze im Süden nicht überschreiten durfte, in das Kaiserreich Österreich sowie in die süddeutschen Mittel- und Kleinstaaten des sogenannten Reinen oder Dritten Deutschlands, die analog zum Norddeutschen einen Süddeutschen Bund bilden sollten, der "eine internationale unabhängige Existenz haben wird".

Dazu, daß es zu diesem von Frankreich protegierten Südbund nie gekommen ist, haben Bayern auf direktem und Österreich auf indirektem Wege nicht unwesentlich beigetragen. Es war nämlich der damalige österreichische Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich gewesen, der auf dem Wiener Kongreß von 1814/15 dafür Sorge getragen hatte, daß Preußen

und Bayern Exklaven im Rheinland besaßen.

Zum einen sollten die beiden Mächte, die zuvor häufiger mit Frankreich gegen die deutsche Zentralgewalt paktiert hatten, dadurch genötigt sein, sich an der Wacht am Rhein zu beteiligen. Zum anderen hoffte Metternich zu Recht, daß Bayern und Preußen fortan versuchen würden, eine Landbrücke zwischen dem Mutterland und der Exklave im Westen zu schlagen, und daß dieses Bemühen die betroffenen Nachbarn zu natürlichen Verbündeten Österreichs machen würde.

In der Tat vergiftete das bayerische Bemühen um eine Landbrücke zur Pfalz die Beziehungen der Süddeutschen untereinander derart, daß das für einen freiwilligen Zusammenschluß in einem von der Regionalmacht Bayern geführten Südbund nötige Vertrauen nicht bestand.

Die Realisierung der von Frankreich verfolgten Idee der Trias wurde auch dadurch unterlaufen, daß Preußen durch den Abschluß von geheimen Schutz- und Trutzbündnissen mit Württemberg, Baden, Bayern und Hessen - in wenn auch sehr bedingtem Umfange - der Sprung über den Main gelang. Zum Abschluß dieser für den Deutsch-Französischen Krieg nicht unerheblichen Bündnisse trug Frankreich selber - wenn auch ungewollt - bei.

Für den Machtgewinn Preußens durch den Prager Frieden hatte Napoleon III. territoriale Kompensationen im deutsch-französischen Grenzraum gefordert. Dazu gehörten Saarbrücken, Landau, Luxemburg, die bayerische Pfalz sowie das linksrheinische Hessen mit Mainz. Bismarck ließ sich einen entsprechenden französischen Vertragsentwurf aushändigen und zeigte ihn den süddeutschen Regierungen, die darauf in der erwarteten Weise reagierten. Auf der Suche nach Schutz vor den französischen Expansionswünschen zeigten sie sich zu den Verteidigungsbündnissen mit Preußen bereit.

Der preußische Ministerpräsident Otto Graf von Bismarck wagte es nicht, Napoleons Forderungen rundheraus abzulehnen, und versuchte deshalb, dessen Aufmerksamkeit von deutschem auf nichtdeutsches Territorium zu lenken, zu dem er neben dem belgischen auch das luxemburgische zählte. Die französische Regierung ließ sich darauf ein, und so wurde Bismarck nun ein Vertragsentwurf ausgehändigt, der Belgien und Luxemburg als Kompensationen vorsah.

Mit dem Großherzogtum, das in Personalunion mit den Niederlanden verbunden war, wollte die französische Regierung beginnen, getreu dem Motto ihres Botschafters in Berlin, Vincent Graf Benedetti: "Einmal in Luxemburg, sind wir auf der Straße nach Brüssel, wir werden auf diesem Weg um so schneller dort eintreffen."

Bismarck war grundsätzlich einverstanden, da "hier der natürliche Machtzuwachs liege, wie er sowohl durch Nationalität und Sprache, als durch das defensive System Frankreichs vorgezeichnet werde". Bismarck betrachtete Luxemburg als einen nichtdeutschen Staat, in dem "die Stimmung namentlich unter den Reichen vielleicht mehr nach Paris gewandt sei", und signalisierte deshalb der französischen Regierung grundsätzliches Einverständnis.

Aber er wußte auch, daß die Nationalbewegung in seinem Land mehrheitlich anders dachte. Luxemburg ist immerhin bis zu dessen Ende 1866 Mitglied des Deutschen Bundes gewesen, und bei der Landessprache Luxemburgisch handelt es sich um eine moselfränkische Mundart des Deutschen. Bismarcks Einverständnis mit einer Einverleibung des Großherzogtums durch das Kaiserreich konnte deshalb nur ein geheimes sein, wollte er nicht die deutsche Nationalbewegung gegen sich aufbringen. Er versuchte, dieses den Franzosen zu signalisieren, und mahnte sie, die Vorbereitungen im geheimen vorzunehmen, um dann Preußen scheinbar vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die französische Regierung verhielt sich entsprechend dem Rat und trat in Geheimverhandlungen mit dem luxemburgischen Großherzog ein, mit dem Ziel eines Kaufes des Landes. Der unter Geldnot leidende Wilhelm III. war hieran auch durchaus interessiert, doch wollte er in dieser Sache nichts ohne die ausdrückliche Zustimmung der Preußen machen, die aus der Zeit

des Deutschen Bundes noch Truppen in der vormaligen Bundesfestung stationiert hatten. Entgegen dem wohlbegründeten Rat der Franzosen fragte er offiziell den preußischen König nach dessen Meinung. Offiziell gefragt, konnte die Antwort der preußischen Staatsführung nur negativ lauten, wollte sie nicht als Vaterlandsverräter dastehen (und jede Hoffnung auf eine deutsche Einigung unter ihrer Führung aufgeben). Wilhelm III. brach daraufhin die Beziehungen mit den Franzosen ab.

Für diese Blamage machte Napoleon Bismarck verantwortlich, der ihn hinterhältig in eine Falle gelockt habe. Das Vertrauensverhältnis war zerstört, die preußisch-französischen Beziehungen belastet bis zerrüttet, ein Einverständnis Frankreichs zur Ausdehnung des Norddeutschen Bundes über den Main undenkbar.

Im britischen Außenministerium wurde die Situation auf den Punkt gebracht: "Frankreich würde, wenn es inzwischen nicht weiser werde, die deutsche Einigung als casus belli betrachten". "Sehr wahr und weise", kommentierte deshalb Bismarck in einer Randglosse eine Bemerkung seines Königs, er selbst werde die Einigung Deutschlands nicht erleben, ob sein Sohn stehe dahin, vielleicht erst sein Enkel.

Doch dann brachte die spanische Thronfolgefrage eine ungeahnte Dynamik in den deutschen Einigungsprozeß. 1868 wurde in Spanien Königin Isabella II. von ihrem eigenen Militär gestürzt. Auf der Suche nach einem Nachfolger trat der Ministerrat an Erbprinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen heran. Bismarck war klar, daß ein Hohenzollernprinz auf dem Throne Karls V. bei den Franzosen unangenehme Erinnerungen an die Zeit der habsburgischen Umklammerung wachrufen würde.

Das motivierte ihn, die Kandidatur zu fördern, getreu der Devise: "In unserem Interesse liegt es, daß die spanische Frage als Friedens-Fontanelle offen bleibt, und eine für Napoleon angenehme Lösung ist schwerlich die uns nützliche." Entsprechend Bismarcks Rat stellte sich Leopold am 19. Juni 1870 als Kandidat zur Verfügung. Zwei Tage später wurde die Kandidatur vom Chef des Gesamthauses, dem preußischen König Wilhelm I., gebilligt.

Als jedoch die Kandidatur in Paris bekannt wurde, brauchte die französische Regierung nur entschlossen genug zu reagieren, um die Hohenzollern zum Nachgeben zu bewegen. Auf ein entsprechendes Handschreiben Wilhelms I. hin zog Leopold seine Kandidatur zurück. Was dann geschah, erfuhr die damalige Öffentlichkeit durch die von Bismarck durch Reduktion pointierte Emser Depesche:

"Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich Französischen Regierung von der Königlich Spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten.

Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

Keine Woche später, am 19. Juli 1870, erklärte das französische Kaiserreich dem preußischen Königreich den Krieg.

Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 gelang es Preußen mit seinen Verbündeten, Frankreich zu besiegen und damit das letzte externe Hindernis auf dem Weg zu einem kleindeutschen Nationalstaat unter seiner Führung aus dem Weg zu räumen. Ebenso wie bei der Frage des Kriegseintrittes konnten sich die süddeutschen Regierungen auch in jener des Beitritts zum Norddeutschen Bund dem Sog der Nationalbewegung kaum entziehen. Und wo das nicht reichte, kam Bismarck den Regierungen mit der Gewährung von Sonderrechten entgegen.

Nachdem der Norddeutsche Bund durch den Beitritt der Süddeutschen zum Deutschen Reich geworden war und der Herrscher des zweitgrößten Mitgliedsstaates, Ludwig II. für eine jährliche Pension von 100.000 Talern dem bisherigen sogenannten Präsidium, sprich Wilhelm I., die Kaiserkrone angeboten hatte, konnte am 18. Januar 1871 der König von Preußen zum Deutschen Kaiser proklamiert werden. Dieser Akt im Spiegelsaal von Versailles versinnbildlichte wie kein anderer für das Gros der (Reichs-)Deutschen die Erfüllung des nationalen Traums von der Deutschen Einheit.

Was für den Kriegsausgang von Bedeutung war

Frankreichs Niederlage hat zweifellos auch militärische Gründe. Wie schon 1866 verlief auch diesmal die preußische Mobilisierung - ganz im Gegensatz zur französischen - schnell und reibungslos, so daß die Preußen schnell das Heft des Handelns in die Hand bekamen. Trotz diverser Disziplinlosigkeiten auf preußischer Seite kam doch in diesem Einigungskrieg die Genialität des Generalstabschefs Helmuth von Moltke in einer Weise zur Geltung wie in keinem der vorausgegangenen.

Hier konnte er in den Schlachten von Sedan und Metz sein Konzept der Umfassungs- und Vernichtungsschlacht anders als bei Königgrätz, wo den Österreichern das Entweichen aus der Umklammerung gelungen war, vollständig umsetzen. Hinzu kam eine hohe Motivation bei den deutschen Truppen, und damit kommen wir zu den politischen Gründen für den Kriegsausgang.

Zu seiner Überraschung mußte das Empire feststellen, daß es nicht nur Preußen und dem Norddeutschen Bund, sondern der geballten Kraft des späteren Deutschen Reiches - mit Ausnahme des damals noch zu Frankreich gehörenden Elsaß-Lothringen - gegenüberstand. Eine ungeahnte nationale Begeisterung und Solidarität hatte das Land erfaßt, die es den süddeutschen Regierungen unmöglich machte, den Bündnisfall nicht als gegeben anzusehen.

Dazu hatte das Kaiserreich das Seinige beigetragen. Es hatte Preußen den Krieg erklärt, und nicht nur in Deutschland wurden eher die Forderungen des französischen Botschafters Benedetti als die Reaktion des preußischen Königs Wilhelm I. hierauf als Zumutung und Provokation betrachtet.

Neben diesen generellen gab es für die einzelnen Großmächte noch spezielle Gründe, Frankreich nicht beizuspringen. Einige seien hier genannt. Das Königreich Italien wünschte sich den vom katholischen Empire geschützten Kirchenstaat einzuverleiben. Für die Habsburgermonarchie bot der Deutsch-Französische Krieg zwar zumindest theoretisch die Chance einer Revanche für 1866, doch hatte der antifranzösische Zorn der deutschen Nationalbewegung nicht an den Grenzen Bayerns, Sachsens und Preußens haltgemacht, sondern auch große Teile der deutschen Volksgruppe in der Habsburger Doppelmonarchie erfaßt.

Auch unter den Ungarn stieß die Idee eines Kampfes gegen Preußen auf Widerstand, denn immerhin hatte deren Sieg über Österreich den Magyaren erst mit dem sogenannten Ausgleich von 1867, der in der neuen Bezeichnung Österreich-Ungarn signifikant zum Ausdruck kam, die Gleichberechtigung mit den Deutschen in der Donaumonarchie gebracht. Ihnen war die deutsche Frage ziemlich egal. Sie sorgten nun dafür, daß sich das Habsburgerreich vermehrt ihrem Interessengebiet, nämlich dem Balkan, zuwandte.

Das wiederum trieb Rußland in die Arme Preußens. Davon abgesehen war das Zarenreich während des Deutsch-Französischen Krieges weitgehend damit beschäftigt, in dessen weltpolitischen Windschatten und mit Preußens Unterstützung den Ausgang des verlorenen Krimkrieges zu revidieren und die Souveränität über das Schwarze Meer wiederherzustellen.

Großbritannien schließlich wurde von einem Eingreifen auf seiten Frankreichs nicht zuletzt dadurch abgehalten, daß Bismarck in der Woche nach der französischen Kriegserklärung in der Londoner Times den oben erwähnten französischen Vertragsentwurf bezüglich einer Kompensation durch Luxemburg und Belgien veröffentlichte. Daß die seefahrende Groß-

macht Frankreich versucht hatte, in den Besitz der der Themsemündung gegenüberliegenden Kanalküste zu gelangen, kostete Napoleon viele Sympathien auf der Insel. Auch in diesem Detail zeigt sich Bismarcks außenpolitische Größe, an deren Fehlen sein Land seit 1890 so sehr leidet.<<

USA: US-General William Sherman schreibt am 28. Dezember 1866 an das Oberkommando der nordamerikanischen Armee (x068/68): >>Wir müssen mit äußerster Strenge gegen die Sioux vorgehen, bis zu ihrer Ausrottung – Männer, Frauen und Kinder. Nichts anderes wird das Übel an der Wurzel treffen. ...

Alle Indianer, die sich an ihren alten Jagdgebieten festklammern, sind feindlich und werden es bleiben, bis sie abgeschossen sind. ...

Je mehr wir in diesem Jahr töten, desto weniger brauchen im nächsten Jahr getötet werden. ...<<

1867

Norddeutscher Bund: Bismarck schlägt am 28. März 1867 im Reichstag des Norddeutschen Bundes die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts vor (x261/105-106): >>... Was wollen denn die Herren, die das anfechten, ... an dessen Stelle setzen? Etwa das preußische Dreiklassensystem?

Ja, meine Herren, wer dessen Wirkung und die Konstellationen, die es im Lande schafft, etwas aus der Nähe beobachtet hat, muß sagen, ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgendeinem Staate ausgedacht worden (Unruhe und Bravo!), ein Wahlgesetz, welches alles Zusammengehörige auseinanderreißt und Leute zusammenwürfelt, die nichts miteinander zu tun haben, in jeder Kommune mit anderem Maße mißt. Leute, die in irgendeiner Gemeinde weit über die erste Klasse hinausreichen, diese allein ausfüllen würden, in einer benachbarten Kommune in die dritte Klasse wirft ...

Wenn der Erfinder dieses Wahlgesetzes sich die praktische Wirkung desselben vergegenwärtigt hätte, hätte er es nie gemacht.

Ein ähnliche Willkürlichkeit und zugleich eine Härte liegt in jedem Zensus (Schätzung), eine Härte, die da am fühlbarsten wird, wo dieser Zensus abreißt, wo die Ausschließung anfängt; wir können es dem Ausgeschlossenen gegenüber doch wirklich schwer motivieren, daß er deshalb, weil er nicht dieselbe Steuerquote wie sein Nachbar zahlt, ... politisch tot in diesem Staatswesen sein solle.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Otto von Bismarck in den Jahren 1867-1885 (x802/984-985): >>(Bismarck) ... Bei der Beratung der Verfassung des Norddeutschen Bundes zeigte er sich gegen die kleineren Staaten sehr loyal und erwarb sich das Vertrauen der Fürsten. Die Bestimmungen derselben verteidigte er im konstituierenden Reichstag 1867 mit großem Eifer und meist mit Erfolg, namentlich das allgemeine, direkte Wahlrecht für den Reichstag und die alleinige Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers.

Der Welt gab er in der Luxemburger Frage 1867 einen unzweideutigen Beweis seiner Friedfertigkeit; er sah wohl den Krieg mit Frankreich voraus, das ihn fortwährend mit Anträgen eines Bündnisses und gemeinschaftlicher Annexionen behelligte, die er nicht annahm und nicht ablehnte, wollte aber jede Möglichkeit wahrnehmen, einen so blutigen Kampf zu vermeiden. Um Napoleon jeden Vorwand zu entziehen, vermied er auch alles, was den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Bund beschleunigen konnte; selbst als sein Versuch mit dem Zollparlament 1868 scheiterte, übte er keinen Druck auf dieselben aus.

Es gelang ihm so, wirklich den Krieg hinauszuschieben und die Ungeduld der französischen Politiker so zu reizen, daß dieselben endlich die spanische Thronkandidatur zum Vorwand einer Kriegserklärung nahmen, sich dadurch als Angreifer ins Unrecht setzten und sich ihrer Allianzen beraubten. Durch seine Enthüllungen über Napoleons Absichten auf Belgien in seinem Rundschreiben vom 29. Juli 1870 machte er die öffentliche Meinung in England Frank-

reich abspenstig.

Er begleitete wiederum den König in den Krieg und leitete die auswärtige Politik vom Hauptquartier aus. Zur rechten Zeit verkündete er in den Rundschreiben vom 13. und 16. September die Absicht und das Recht Deutschlands, sich gegen künftige französische Angriffe durch Verlegung der schutzlosen süddeutschen Grenze nach Westen und den Besitz der eroberten Rhein- und Moselfestungen zu sichern, und hütete sich wohl, den nationalen Standpunkt in seinen Verhandlungen mit den Franzosen über Gebühr zu betonen.

Fremde Einmischung in die Friedensverhandlungen wehrte er mit dem Hinweis ab, daß Deutschland den Krieg allein ausgekämpft, also auch das Recht habe, den Frieden allein abzuschließen. Die Verträge über den Eintritt der süddeutschen Staaten in das Deutsche Reich brachte er in Versailles zum Abschluß und scheute sich nicht, Bayern beträchtliche besondere Zugeständnisse zu machen. Den Frieden von Frankfurt am Main vom 10. Mai 1871 schloß er persönlich ab.

Mit der Errichtung des Deutschen Reiches wurde er zum Reichskanzler ernannt, am 21. März 1871 in den Fürstenstand erhoben und ihm eine große Domäne in Lauenburg mit dem Sachsenwald geschenkt.

Den neuerworbenen Reichslanden Elsaß-Lothringen wendete er seine besondere Fürsorge zu, und alle diese betreffenden Maßregeln sind auf seine eigene Anregung erfolgt und von ihm selbst im Reichstag verteidigt worden.

Hauptsächlich aber wurden seine Kräfte nach dem deutsch-französischen Krieg von dem Kulturkampf in Anspruch genommen, den er mit der ganzen ihm eigentümlichen Kraft und Energie führte, sobald die Zentrumsparlei ihn durch Mobilmachung aller reichsfeindlichen Elemente unter klerikaler Fahne eröffnet hatte. In den ersten Jahren trat er im Landtag mit mehreren bedeutenden Reden für die Sicherung des Staates gegen die päpstliche Anmaßung ein, zog sich freilich auch dadurch die heftigsten Angriffe seitens der Ultramontanen zu; am 13. Juli 1874 ... (verübte) sogar ein fanatisierter Böttchergeselle, Kullmann, in Kissingen einen Mordanfall auf ihn.

Die ungeheure Last der Geschäfte, die auf ihn drückte, die aufreibende Tätigkeit der früheren Jahre, die unaufhörlichen Anfeindungen, welche er auch von seiten früherer Parteigenossen erfuhr, seit er sich auf die Liberalen im Parlament stützte, ... erschütterten seine Gesundheit so, daß er sich am 21. November 1872 bis 10. November 1873 vom preußischen Ministerpräsidium entbinden und 1878 eine geregelte Stellvertretung einsetzen ließ. Wiederholt bat er um seine Entlassung, die der König aber nicht bewilligte, da er sich nicht von ihm trennen zu wollen erklärte. Seine Aufenthalte in Varzin und Friedrichsruh zur Erholung dehnten sich daher oft auf mehrere Monate aus; im Sommer ... (nutzte) er meist in Kissingen die Kur.

Sein unermüdlicher Geist schuf sich immer neue Aufgaben zur Verwirklichung seines Zieles, der Macht und Größe seines Vaterlandes, so das Reichseisenbahnprojekt, nach dessen Scheitern er den Ankauf der Bahnen in Preußen durch den Staat durchsetzte, und 1879 die neue Zoll- und Wirtschaftspolitik, in deren weiterer Verfolgung er mit den Nationalliberalen brach, worauf er, um die Ultramontanen zu gewinnen, den Kulturkampf aufhören ließ; auch übernahm er der wirtschaftlichen Reformen wegen das preußische Handelsministerium.

An die neue Zollgesetzgebung, welche die Einnahmen des Reiches steigerte und manche Zweige der Industrie hob, schlossen sich soziale Reformen, welche durch Befriedigung der berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes denselben vor dem verderblichen Einfluß der Sozialdemokratie bewahren sollten.

Bismarck stieß hierbei allerdings auf Opposition bei den Liberalen. Er trug kein Bedenken, deren Schwächung und Spaltung zu befördern, ohne daß es ihm jedoch gelang, eine konservative Mehrheit im Reichstag zustande zu bringen. Wegen der schroff oppositionellen Haltung der Fortschrittspartei mußte Bismarck sich daher auf das Zentrum stützen und diesem in dem

kirchlichen Streit manche Zugeständnisse machen. Nur mit Mühe und nach langen Verhandlungen wurden das Krankenkassengesetz und das Unfallversicherungsgesetz im Reichstag angenommen, das Tabakmonopol aber abgelehnt.

Die auswärtige Politik leitete Bismarck nach wie vor mit gewohnter Meisterschaft, so daß ihm die Nation in dieser Beziehung unbedingtes Vertrauen schenkte. Erhaltung des Friedens war sein Ziel, und während des russisch-türkischen Krieges waren seine Bemühungen mit Erfolg darauf gerichtet und wurden dadurch anerkannt, daß Berlin 1878 zum Sitz des Friedenskongresses und Bismarck zum Präsidenten desselben erwählt wurde.

Von Rußland wendete er sich mehr und mehr ab und Österreich zu, mit dem er im September 1879 ein Schutzbündnis schloß. Dasselbe führte zu einer dauernden gemeinschaftlichen Aktion Deutschlands und Österreichs und wurde 1883 erneuert. Es befestigte sich so, daß auch Italien sich ihm anschloß und Rußland seine Eifersucht unterdrückte.

Selbst das Verhältnis zu Frankreich wußte Bismarck durch weise Mäßigung zeitweilig freundlicher zu gestalten.

Gestützt auf das gute Verhältnis des Deutschen Reiches zu den Kontinentalmächten, unternahm es Bismarck 1884, deutsche Kolonien zu erwerben; den Widerstand Englands wußte er mit großer diplomatischer Kunst zu beseitigen. Schwieriger war es, die klerikal-fortschrittliche Opposition gegen die Kolonialpolitik und den Plan, Dampferlinien nach den fremden Erdteilen zu subventionieren, im Reichstag zu überwinden.

Um so mehr Beifall fand die erfolgreiche Tätigkeit Bismarcks auch auf diesem Gebiet bei den Mächten, wie der Verlauf der von Bismarck nach Berlin berufenen Kongokonferenz bewies, und bei dem deutschen Volk.

In seiner Gesundheit durch eine glückliche Kur gekräftigt, hielt Bismarck 1885 im Reichstag mehrere Reden über seine auswärtige und Kolonialpolitik, die im Volk einen mächtigen Wiederhall hervorriefen. Der 70jährige Geburtstag Bismarcks wurde daher am 1. April 1885 unter glänzenden Ovationen aus allen Teilen Deutschlands und allen Schichten der Bevölkerung gefeiert; der Tag gestaltete sich zu einem allgemeinen Volksfest. Aus den reichen Erträgen der "Bismarckspende" wurde dem Reichskanzler das 1830 der Familie verloren gegangene Hauptgut Schönhausen geschenkt.

Bismarck ist von hohem Wuchse; sein markiger Körperbau, die hohe Stirn, die scharf ausgeprägten Gesichtszüge, der lebhaftige Blick seiner unter den buschigen Brauen stark hervortretenden Augen lassen auch äußerlich die geist- und kraftvolle Persönlichkeit erkennen. Durch ritterliche Übungen hat er von Jugend auf seinen Körper gestählt; Reiten und Jagen waren stets seine liebste Erholung.

Die körperlichen und geistigen Kräfte sind seinem Willen untertan; auch in den Momenten der größten Erregung erscheint er ruhig und kalt, sein tiefes Gefühl und die Leidenschaftlichkeit seiner starken Natur kommen nur selten zum Durchbruch.

Als Redner hat Bismarck mit der Überfülle der ihm zuströmenden Gedanken zu kämpfen, oft scheint er in der Rede zu stocken, weil er sorgfältig abwägend die Worte auswählt, welche seinen Gedanken den genauesten Ausdruck geben und nicht mehr sagen, als er sagen will; deshalb machen seine Reden auf den Lesenden noch größeren Eindruck als auf den, der sie hört. Ihre Wirkung reicht durch die Kraft der Gedanken und die oft durch den frischesten Humor gewürzte Anschaulichkeit der Darstellung weit über den Kreis hinaus, an den sie zunächst gerichtet ist.

Bismarcks Gemahlin, Fürstin Johanna von Bismarck, geborene von Puttkamer, ist am 11. April 1824 geboren. Der am 28. Juli 1847 geschlossenen Ehe sind drei Kinder entsprossen: Gräfin Marie, geboren am 21. August 1848, seit 1878 vermählt mit dem Legationsrat Grafen Rantzau; Graf Herbert, geboren am 28. Dezember 1849, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt und oft zu wichtigen diplomatischen Sendungen verwendet, Mitglied des Reichstages,

und Graf Wilhelm, geboren am 1. August 1852, Landrat in Hanau. ...<<

Österreich-Ungarn: Nach der katastrophalen Niederlage gegen Preußen wird die deutsch-österreichische Vormachtstellung der Donaumonarchie in ihren Grundfesten erschüttert. Das Habsburger Reich muß im Jahre 1867 nach langen, schwierigen Verhandlungen in den Doppelstaat Österreich-Ungarn umgewandelt werden. Ungarn (einschließlich Kroatien, Siebenbürgen, Slawonien u.a.) wird ein selbständiges Königreich, das jedoch in Personalunion mit Österreich verbunden bleibt.

Die Gegensätze der anderen Nationalitäten (Tschechen, Polen, Russen, Serben, Slowenen, Kroaten usw.) lassen sich dadurch jedoch nicht beseitigen. Angesichts dieser neuen Machtaufteilung fühlen sich besonders die stolzen Tschechen, die vielfältige Sonderrechte besitzen, gegenüber den Ungarn benachteiligt und übergangen. Viele Slawen fordern damals ein großes Reich aller Slawen unter russischer Führung (Panslawismus).

Die Regierung Österreich-Ungarns erläßt am 12. Dezember 1867 folgendes Staatsgrundgesetz (x272/104): >>Art. 1. Für alle Angehörigen der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder besteht ein allgemeines österreichisches Staatsbürgerrecht. ...

Art. 19. Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staat anerkannt.

In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält. ...<<

Luxemburg: Napoleon III. versucht im Jahre 1867 vergeblich, Luxemburg (bis 1866 Mitglied des Deutschen Bundes) von den Niederlanden zu erwerben, da Preußen diesen Kauf verhindert.

Großbritannien: Karl Marx arbeitet unbeirrt in England weiter und vollendet dort mit Engels tatkräftiger Hilfe im Jahre 1867 sein Lebenswerk "Das Kapital", Band I.

"Das Kapital" (die "Bibel des Marxismus-Leninismus", 2.671 Seiten) verspricht den Proletariern (besitzlose Bevölkerung bzw. Träger des Klassenkampfes gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung) die Errichtung eines kommunistischen Idealstaates (persönliche Freiheit und größere Gerechtigkeit, keine Ausbeutung des einen durch den anderen sowie soziale und wirtschaftliche Gleichstellung aller Menschen).

Karl Marx berichtet im Jahre 1867 über die Maschinen und das Fabrikwesen (x056/203): >>... In Manufaktur und Handwerk bedient sich der Arbeiter des Werkzeuges, in der Fabrik dient er der Maschine. Dort geht von ihm die Bewegung des Arbeitsmittels aus, dessen Bewegung er hier zu folgen hat. ... In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von (den Arbeitern), und sie werden ihm als lebendige Anhängsel einverleibt. ...

Während die Maschinenarbeit das Nervensystem aufs äußerste angreift, unterdrückt sie das vielseitige Spiel der Muskeln und beansprucht alle freie körperliche und geistige Tätigkeit. Selbst die Erleichterung der Arbeit wird zum Mittel der (Qual), indem die Maschine nicht den Arbeiter von der Arbeit befreit, sondern seine Arbeit vom Inhalt. Aller kapitalistischen Produktion ist es gemeinsam, daß nicht der Arbeiter die Arbeitsbedingung, sondern umgekehrt die Arbeitsbedingung den Arbeiter anwendet. ...

Die ungeheure stoßweise Ausdehnbarkeit des Fabrikwesens und seine Abhängigkeit vom Weltmarkt erzeugen notwendig fieberhafte Produktion und darauffolgende Füllung der Märkte, mit deren ... (Schrumpfung) ... Lähmung eintritt. Das Leben der Industrie verwandelt sich in eine Reihenfolge von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Prosperität (Aufschwung), Überproduktion, Krise und Stagnation (Stillstand). Die Unsicherheit und Stetigkeit, denen der Ma-

schienenbetrieb die Beschäftigung und damit die Lebenslage des Arbeiters unterwirft, werden normal mit diesem Periodenwechsel des industriellen Zyklus.<<

Marx und Engels prophezeien nicht nur den automatischen Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern sie fallen auch durch nationalistische Äußerungen und Rassismus bzw. Rassenhetze auf.

Karl Marx und Friedrich Engels schreiben damals über sog. "reaktionäre Nationen" oder "Völkerabfälle" (x025/108): >>Die Schweizer - ... ein grenzenlos aufgeblasenes Volk von vorsintflutlichen Alpenhirten, vernagelten Bauern und schmutzigen Spießbürgern, - arm, aber rein von Sitten, dumm, aber fromm und wohlgefällig vor dem Herrn, brutal, breit von Schultern, wenig Gehirn, aber viel Wade.

Die Norweger - ... eine brutale, schmutzige, seeräuberische, altnordische Nationalität – in der sich die christlich-germanische Barbarei in ihrer ursprünglichen Gestalt beinahe bis aufs Eichelfressen erhalten hat.

Die Polen - die nie etwas anderes in der Geschichte getan (haben) als tapfere krakeelsüchtige Dummheiten gespielt. Auch nicht ein einziger Moment ist anzugeben, wo Polen, selbst nur gegen Rußland, den Fortschritt mit Erfolg repräsentiert oder irgend etwas von historischer Bedeutung tat.

Alle Balkanvölker – (die unfähig zum Aufbau einer eigenen staatlichen Ordnung und zu ihrer Verteidigung seien). Was wäre aus diesen zersplitterten kleinen Natiönchen, die eine so erbärmliche Rolle in der Geschichte gespielt haben, was wäre aus ihnen geworden, wenn sie nicht von Magyaren und Deutschen zusammengehalten und gegen die (türkischen) Heere Solimans geführt worden wären, wenn nicht ihre sogenannten "Unterdrücker" die Schlachten entschieden hätten, die zur Verteidigung dieser schwachen Völkerschaften geschlagen wurden!<<

USA: Im Jahre 1867 erwirbt die US-Regierung Alaska von Rußland.

US-Truppen besetzen die Midway-Inseln im Pazifik.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den US-Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts (x068/152): >>... Schon im Sommer 1867 aber hatten die USA die Midway-Inseln im Pazifik besetzt.

Ein Jahrzehnt später greift man vorsichtig nach Samoa aus, wo man vor allem den deutschen Einfluß zurückzudrängen sucht. Man schließt 1878 mit Samoa einen sogenannten Freundschafts- und Handelsvertrag und richtet Pago Pago Harbor als Kohlestation für die US-Marine ein.

Bald gibt es Spannungen zwischen Deutschland, England und den USA. Kriegsschiffe laufen nach Apia Harbor aus.

Doch wird die sich zuspitzende Samoa-Krise 1889 durch einen schönen, leider viel zu seltenen Zufall bereinigt: am 16. März zerstört die sich gegenseitig belauernden Kriegsschiffe der drei Nationen ein Hurrikan.

Allmählich dringen amerikanische Farmer nach Hawaii vor. 1887 erhalten die USA das ausschließliche Recht auf einen Marinestützpunkt in Pearl Harbor. 1894 erkennen sie die Republik von Hawaii an. 1898 annektieren sie Hawaii: der Kongreß akzeptiert die Annexion in einer gemeinsamen Resolution.

Und kaum hatten die Yankees damals den Indianern in Oklahoma ihre letzten Domänen weggenommen, hielt es sie schon nicht mehr innerhalb der Grenzen des bisher Geraubten.

Sie konnten sich nun auf Raub und Krieg außerhalb des Geraubten konzentrieren und so drängten sie darüber hinaus, griffen sie überall dort ein, wo die eigenen wirtschaftlichen Interessen bedroht beziehungsweise ausbaufähig schienen. Und die strategischen Interessen kamen hinzu.

Der Krieg, den sie noch im selben Jahr begannen - ein "herrlicher kleiner Krieg", so Außen-

minister John Hay -, war ihr erster Schritt zur Weltmacht, zur größten Weltmacht der Geschichte. Für den doch recht geringen Preis von 2.446 Menschenleben, wobei die meisten durch Krankheit umkamen, raubten sie den Spaniern, was freilich diese schon geraubt: Kuba, Puerto Rico und die Philippinen.<<

Am 2. März 1867 beschließt die US-Regierung das erste Wiederaufbaugesetz für die von Besatzungstruppen verwalteten Südstaaten (x058/189): >>Da in den Rebellenstaaten ... zur Zeit keine rechtmäßige Staatsregierung oder ein entsprechender Schutz für Leben und Eigentum besteht und da es notwendig ist, daß Frieden und Ordnung in den genannten Staaten durchgesetzt werden müssen, bis loyale und republikanische Staatsregierungen rechtens eingesetzt worden sind, wird verordnet: daß die genannten Rebellenstaaten in Militärbezirke eingeteilt und der militärischen Oberhoheit der Vereinigten Staaten unterworfen werden. ...

Abschnitt 2. daß es die Pflicht des Präsidenten sein soll, das Kommando über jeden dieser Bezirke einem Armeeeoffizier nicht unterhalb des Ranges eines Brigadegenerals zu übertragen und eine ausreichende Militärmacht abzukommandieren, um jenen Offizier instand zu setzen, seine Pflichten zu erfüllen und seine Autorität innerhalb des ihm zugewiesenen Bezirkes durchzusetzen.

Abschnitt 3. daß es die Aufgabe jedes dieser Offiziere sein soll, alle Personen in ihren persönlichen Rechten und ihrem Eigentum zu schützen, Aufstände, Unordnung und Gewalt zu unterdrücken und alle Friedensstörer und Verbrecher zu bestrafen oder bestrafen zu lassen ...

Todesurteile müssen in jedem Fall vom Präsidenten bestätigt werden. ...<<

Die US-Regierung verspricht den Häuptlingen der Komantschen und Kiowa im Jahre 1867, daß Weiße keine Büffel mehr jagen dürfen (x180/61).

Lame Deer (um 1900-1974, Mediziner vom nordamerikanischen Stamm der Sioux) berichtet später über die für die nordamerikanischen Ureinwohner lebenswichtigen Büffel (x181/2.14): >>Wir Sioux fühlen uns mit dem Büffel verwandt. Er ist unser Bruder. Du wirst niemals die Natur verstehen und was sie für uns bedeutet, bevor du nicht begreifst, wie eng wir mit dem Büffel verbunden waren. Dieses Tier war beinahe ein Teil von uns selber, ein Teil unserer Seele.

Der Büffel gab uns alles, was wir brauchten. Ohne ihn hätten wir nicht überleben können. Unsere Tipis waren aus seiner Haut gemacht. Sein Fell war unser Bett, unsere Decke, unsere Winterkleidung. Seine Haut war unsere Trommel, ihre Schläge durchpulsten die Nacht, lebendig und heilig. Aus seiner Haut fertigten wir unsere Wassergefäße an. Sein Fleisch gab uns Kraft, wurde Fleisch von unserem Fleisch. Nicht das kleinste Stück wurde verschwendet. Sein Magen, in den wir einen glühendheißen Stein warfen, war unser Suppenkessel. Seine Hörner waren unsere Löffel, seine Knochen unsere Messer und für unsere Frauen Ahle und Nadel. Aus seinen Sehnen drehten wir unsere Bogenstränge, und wir benützten sie als Faden zum Nähen. Aus seinen Rippen bauten wir Schlitten für unsere Kinder, seine Hufe wurden Raseln. Sein mächtiger Schädel, an den wir die Pfeife lehnten, war unser Altar.

Der Name des größten aller Sioux war Tatanka Iyotake – Sitting Bull. Als ihr den Büffel ausgerottet habt, habt ihr auch den Indianer getötet – den wirklichen, echten, "wilden" Indianer. ...<<

In Denver (US-Staat Colorado) zahlt man im Jahre 1867 für die Skalps (abgezogene Kopfhaut der einheimischen Ureinwohner) weiterhin hohe Geldprämien!

Der angesehene Nordstaaten-General William Sherman erklärt im Jahre 1867 (x122/387): >>... Je mehr ich von diesen Indianern sehe, um so mehr bin ich davon überzeugt, daß sie alle getötet oder als Almosenempfänger unterhalten werden müssen.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika von 1867-1877 (x816/125): >>(Vereinigte Staaten von Nordamerika) ... Das Mißtrauen jedoch, welches die herrschende republikanische Partei gegen (Präsi-

dent) Johnson hegte, trat ihm hindernd entgegen, und der Präsident steigerte es durch ungeschickte Schroffheit gegen den Kongreß.

Als derselbe beschloß, daß die Teilnehmer an der Rebellion von dem Stimmrecht ausgeschlossen werden sollten, legte er sein Veto ein und widersetzte sich auch dem weiteren Beschluß, daß alle in den Vereinigten Staaten Geborenen oder Naturalisierten, also auch die früheren Sklaven, das politische Stimmrecht erhalten sollten.

Auch gegen die Rekonstruktionsbill von 1867, welche den Süden in fünf Militärbezirke teilte und die Wiederaufnahme eines Staates von der Anerkennung voller Gleichberechtigung der Neger abhängig machte, legte Johnson sein Veto ein, und als das Gesetz dennoch rechtskräftig wurde, suchte er seine Ausführung auf alle Weise zu hindern.

Er unternahm Agitationsreisen, um das Volk gegen den Kongreß aufzureizen, setzte den Kriegsminister Stanton zweimal ab und führte einen so leidenschaftlichen, hartnäckigen Krieg gegen den Kongreß, daß das Repräsentantenhaus 1868 gegen ihn die Anklage des Hochverrates und Verfassungsbruches erhob. Der Senat verurteilte Johnson am 16. Mai, aber nur mit 35 gegen 19 Stimmen; da die Zweidrittelmehrheit für eine Verurteilung erforderlich war, mußte die Anklage fallen gelassen werden. Doch war Johnsons Rolle ausgespielt, und mit Hohn und Spott bedeckt verließ er am 4. März 1869 das Weiße Haus in Washington.

Inzwischen hatten die meisten Südstaaten (außer Mississippi, Virginia und Texas) ihre Verfassung den Beschlüssen des Kongresses gemäß umgestaltet und den Negern politische Gleichberechtigung eingeräumt, mit deren Hilfe sodann die Wahlen meist republikanisch ausfielen. Auch bei der Präsidentenwahl 1868 siegte die republikanische Partei glänzend, und der neue Präsident, Grant, der, 1872 wieder gewählt (wurde), 1869-1877 die Regierung leitete, begann seine Amtsführung unter günstigen Auspizien.

Handel und Gewerbe hatten einen mächtigen Aufschwung genommen; das Gebiet der Union vergrößerte sich durch die Staaten Nevada und Colorado und das Territorium Alaska, das von Rußland gekauft wurde. England mußte 1872 zur Entschädigung für die Verluste, welche die in seinen Häfen ausgerüsteten Kreuzer der amerikanischen Schifffahrt zugefügt hatten, 15 Millionen Dollar bezahlen (Alabamafrage).

Indes im Süden ließ sich die herrschende Partei manche Ungerechtigkeiten zu schulden kommen. Die Ausführung des 15. Amendements zur Bundesverfassung vom 30. März 1870, welches den 4 Millionen Negern das volle Stimmrecht gewährte, erregte im Süden große Unzufriedenheit.

Die Behörden und Volksvertretungen der Südstaaten, aus bestechlichen Beamten und habgierigen Abenteurern aus dem Norden (den sogenannten Carpet-baggers) und aus Farbigen zusammengesetzt, schalteten rücksichtslos mit den Staatseinkünften und unterdrückten jeden Widerstand. Als sich eine geheime Verschwörung unter den Weißen in Südcarolina bildete, der sog. Ku-Klux-Klan, wurde sie 1871 von den Bundesbehörden gewaltsam erstickt.

Grant ließ die republikanische Partei ruhig gewähren und duldete es, daß die Mitglieder derselben ihre Herrschaft über die Union in immer frecherer Weise ausbeuteten und die Ämter nach Willkür an die strammen Anhänger der Partei vergaben, die sich dann straflos Pflichtversäumnis, Bestechlichkeit und Unterschlagung erlauben durften.

Alle Klagen und Anträge auf Untersuchung der Mißbräuche im Beamtenwesen wurden im Kongreß begraben, und alle Versuche einer neuen Partei, der Liberal-Republikaner oder der Reformpartei unter Schurz, Trumbull, Sherman und anderen, der Korruption ein Ende zu machen, blieben fruchtlos.

Im Volk aber wuchs die Erbitterung gegen den "Grantismus" mehr und mehr, die Wahlen für den Kongreß fielen schon 1874 zu ungunsten der Republikaner aus, und Grant durfte zwar noch die große Weltausstellung in Philadelphia eröffnen und die Centennialfeier der Union am 4. Juli 1876 leiten, mußte aber auf eine zweite Wiederwahl verzichten.

Bei der Elektorenwahl im November 1876 erhielt der Republikaner Hayes in 18 Staaten 166, der Demokrat Tilden in 17 Staaten 184 Stimmen; in Süd-Carolina, Louisiana und Texas war das Wahlergebnis streitig. Der Wahlprüfungsausschuß des Kongresses erklärte jedoch am 26. Januar 1877 unberechtigterweise, daß die Wahlen in diesen drei Staaten für Hayes ausgefallen seien, und am 2. März wurde dieser vom Kongreß als Präsident proklamiert.

Hayes trat am 5. März sein Amt an mit einer Botschaft, in welcher er eine versöhnliche Politik und Abstellung der Mißbräuche versprach, bildete sein Ministerium aus gemäßigten Republikanern und Demokraten und bemühte sich eifrig, die Parteileidenschaften besonders in den Südstaaten zu beschwichtigen. Die Regierung hatte jedoch im Kongreß keine rechte Stütze, und Hayes mußte wiederholt von seinem Veto Gebrauch machen, um unzweckmäßige Gesetze zu verhindern. ...<<

Mexiko: Kaiser Napoleon III. wird durch die USA zum Rückzug gezwungen und läßt 1867 die französischen Truppen abziehen. Kaiser Maximilian von Habsburg (1832-1867, seit 1864 Kaiser) weigert sich jedoch, Mexiko zu verlassen. Er wird danach von den Republikanern gestürzt und 1867 standrechtlich erschossen.

Kuba: Pedro Figueredo (1819-1870) verfaßt 1867/68 den Text der späteren Nationalhymne Kubas (x230/87):

>>Auf zum Kampf, Männer von Bayamo,
Das Vaterland soll mit Stolz auf euch schauen.
Fürchtet den ruhmreichen Tod nicht,
Denn für das Vaterland sterben heißt Leben!

In Ketten zu leben,
Ist ein Leben in Schimpf und Schande.
Hört das Signal der Trompete:
Zu den Waffe, mutige Helden!<<

1868

Norddeutscher Bund: Friedrich Emil Rittershaus (1834-1897) verfaßt im Jahre 1868 den Text des "Westfalenliedes" (x846/...):

>>Ihr mögt den Rhein, den stolzen, preisen,
Der in dem Schoß der Reben liegt;
Wo in den Bergen ruht das Eisen,
Da hat die Mutter mich gewiegt.
Hoch auf dem Fels die Tannen steh'n,
Im grünen Tal die Herden geh'n,
Als Wächter an des Hofes Saum
Reckt sich empor der Eichenbaum.
Da ist's wo meine Wiege stand,
O grüß dich Gott, Westfalenland!

Wir haben keine süßen Reben
Und schöner Worte Überfluß,
Und haben nicht sobald für jeden
Den Brudergruß und Bruderkuß.
Wenn du uns willst willkommen sein,
So schau auf's Herz, nicht auf den Schein,
Und sieh' uns grad hinein ins Aug!
Gradaus, das ist Westfalenbrauch,
Es fragen nichts von Spiel und Tand,

Die Männer im Westfalenland.

Und uns're Frauen, uns're Mädchen,
Mit Augen blau wie Himmelsgrund,
Sie spinnen nicht die Liebespfädchen
Zum Scherz nur für die müß'ge Stund.
Ein frommer Engel hält die Wacht,
In ihrer Seele Tag und Nacht,
Und treu in Wonne, treu im Schmerz,
Bleibt bis zum Tod ein liebes Herz.
Glückselig, wessen Arm umspannt,
Ein Liebchen aus Westfalenland!

Behüt dich Gott, du rote Erde,
Du Land von Wittekind und Teut'!
Bis ich zu Staub und Asche werde,
Mein Herz sich seiner Heimat freut.
Du Land Westfalen, Land der Mark,
Wie deine Eichestämme stark,
Dich segnet noch der blasse Mund
Im Sterben, in der letzten Stund'!
Du Land wo meine Wiege stand,
O grüß dich Gott, Westfalenland.<<

Österreich-Ungarn: Da die Ungarn im Rahmen ihrer rigorosen Madjarisierung die slawischen Minderheiten sowie die deutsche Bevölkerung unterdrücken und vielerorts systematisch schikanieren, wehren sich im Jahre 1868 die Slawen und die Deutschen (sog. "Donauschwaben" und "Siebenbürger Sachsen") in Kroatien gemeinsam gegen die ungarischen Machthaber. Die Minderheiten erhalten danach in Kroatien zwar größere Freiheiten (Autonomie), doch der ungarische Adel und die katholische Kirche besetzen weiterhin alle wesentlichen Machtpositionen.

Polen: Der polnische Aufstand im Januar 1868 ist der letzte erfolglose Versuch, die staatliche Eigenständigkeit aus eigener Kraft zu erkämpfen.

Spanien: Nach einem Militärputsch, den die Generäle Serrano und Prim im Jahre 1868 anführen, wird Königin Isabella II. aus Spanien vertrieben. Die liberalen Generäle streben danach eine konstitutionelle Monarchie mit dem deutschen Kandidaten Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen an.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Spaniens von 1868-1880 (x815/85-87): >>(Spanien) ... Narvaez starb plötzlich am 23. April 1868. Sein Nachfolger Gonzalez Bravo mußte den Günstling Isabellas, Marfori, in das Ministerium aufnehmen.

Nachdem im Juli eine unionistische Verschwörung ... entdeckt und ihre Häupter, die angesehensten Generale, wie Serrano, Dulce und andere, nach den Kanarischen Inseln deportiert worden waren, begab sich die Königin nach San Sebastian, um von hier aus mit Napoleon die Besetzung Roms durch spanische Truppen zu verabreden.

Inzwischen aber vereinigten sich die liberale Union, die Progressisten und die Republikaner zu einer gemeinsamen Erhebung gegen die Mißregierung Isabellas. Die unionistischen Generale wurden von den Kanarischen Inseln durch einen Dampfer abgeholt und nach Cadiz gebracht, wo auch Prim erschien und die Flotte unter Admiral Topete am 18. September 1868 die Absetzung Isabellas verkündete.

Der Aufruhr verbreitete sich rasch über ganz Spanien. General Pavia sammelte die treu gebliebenen Truppen und rückte den Aufständischen nach Andalusien entgegen, wurde aber am 28. September bei Alcolea in der Nähe von Cordoba geschlagen. Serrano hielt am 3. Oktober seinen Einzug in Madrid, während Isabella am 30. September nach Frankreich floh.

Die Unionisten und die Progressisten unter Prim bildeten nun eine provisorische Regierung unter Serranos Vorsitz, welche sofort den Jesuitenorden aufhob, die Klöster beschränkte und volle Presse- und Unterrichtsfreiheit einführte; das Volk schwelgte im Genuß der Freiheit und ergoß sich in Lobreden auf die Helden der glorreichen Revolution.

Die konstituierenden Cortes, welche nach einem neuen Gesetz gewählt wurden, traten am 11. Februar 1869 zusammen: die Unionisten zählten nur 40 Mitglieder, womit ihr Thronkandidat Montpensier beseitigt war, die Republikaner 70; die Progressisten hatten die Mehrheit. Auch diese wünschten die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie und brachten am 1. Juni 1869 eine monarchisch-konstitutionelle Monarchie in den Cortes zur Annahme. Doch lehnte König Ferdinand von Portugal am 6. April die ihm angebotene spanische Krone ab, ebenso der junge Herzog von Genua, so daß die Cortes die Einsetzung einer Regentschaft beschlossen und Serrano am 18. Juni zum Regenten ernannten.

Die Ungewißheit über die politische Gestaltung des Landes ermutigte Don Karlos, den Enkel des älteren Don Karlos, im Juli den spanischen Boden zu betreten und mit Hilfe der Geistlichkeit in den Nordprovinzen karlistische Aufstände zu erregen, während sich in mehreren Städten, namentlich in Barcelona, die Republikaner erhoben.

Endlich gelang es dem Ministerpräsidenten Prim, den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zur Annahme der Krone zu bewegen, und am 4. Juli 1870 beschlossen Regent und Ministerium, dessen Kandidatur den Cortes vorzuschlagen. Der unerwartete Einspruch Frankreichs vereitelte dieselbe, da der Erbprinz am 12. Juli auf seine Kandidatur verzichtete, um nicht Ursache eines großen Krieges zu werden. Als der deutsch-französische Krieg dennoch ausbrach, verhielt sich die spanische Regierung, welche sich sofort mit dem Verzicht des Prinzen einverstanden erklärt hatte, streng neutral.

An Stelle des Hohenzollern gewann Prim in dem Herzog Amadeus von Aosta, dem zweiten Sohn des Königs Viktor Emanuel von Italien, einen neuen Thronkandidaten, der am 16. November von den Cortes mit 191 gegen 98 Stimmen zum König gewählt wurde.

An demselben Tag, an welchem König Amadeus in Cartagena landete, am 30. Dezember 1870, starb Marschall Prim, der 27. am Dezember in Madrid von Meuchelmördern tödlich verwundet worden war. Damit verlor der junge Herrscher seine festeste Stütze. Dennoch trat er am 2. Januar 1871 die Regierung an und beauftragte Serrano mit der Bildung eines Kabinetts.

Die Granden gaben Amadeus ihre Geringschätzung in schroffster Weise zu erkennen; eine Anzahl Offiziere verweigerte den Eid. Die Wahlen für die Cortes im März ergaben eine knappe Mehrheit für die Regierung; unter der Opposition befanden sich 60 Republikaner und 65 Karlisten, welche den König aufs heftigste angriffen. Dabei war unter den Anhängern des Königs keine Einigkeit: Serrano wurde von dem ränkevollen Zorrilla, einem radikalen Progressisten, schon im Juli aus dem Ministerium gedrängt, der sich aber auch nur bis zum Oktober an der Spitze der Regierung behauptete.

Der konservative Progressist Sagasta, seit Ende 1871 Ministerpräsident, erlangte nach der Auflösung der Cortes bei den Neuwahlen im April 1872 eine Mehrheit und machte im Juni wieder Serrano Platz, der gegen die Karlisten mit Erfolg gekämpft, ihnen aber in der Konvention von Amorevieta (24. Mai 1872) Amnestie gewährt hatte, um die Ruhe in Spanien herzustellen. Hierfür verlangte er vom König außerordentliche Vollmachten, die derselbe jedoch auf Anstiften Zorrillas verweigerte.

Dieser trat am 16. Juni wieder an die Spitze des Kabinetts, vermochte aber weder den Partei-

kämpfen in den neuen Cortes, in denen die ministerielle Mehrheit immer deutlicher ihre republikanischen Grundsätze kundgab, noch den Aufständen im Land ein Ende zu machen. Überzeugt, daß er keine feste Autorität in dem unterwühlten Land gewinnen könne, dankte Amadeus am 10. Februar 1873 ab und begab sich über Lissabon nach Italien zurück.

Die Cortes erklärten sofort mit 256 gegen 32 Stimmen Spanien für eine Republik und erwählten Figueras zum Präsidenten, einen föderalistischen Republikaner, der die Befugnisse der Zentralregierung und der Cortes auf das Notwendigste beschränken, den Provinzen, Städten und Gemeinden aber möglichst ausgedehnte Autonomie gewähren wollte. ... Nachdem die Anhänger des Einheitsstaates verjagt worden waren, errangen die Föderalisten bei den Corteswahlen am 10. Mai eine erdrückende Mehrheit. Figueras erschien dieser nicht extrem genug, und Pi y Margall trat an seine Stelle, unter dem völlige Anarchie eintrat.

Im Norden breiteten sich die Karlisten wieder aus; der Prätendent Don Karlos nahm in Estella sein Hauptquartier.

In den großen Städten des Südens, wie Malaga, Cadiz, Sevilla und Cartagena, suchten die roten Kommunisten (Intransigenten) durch sofortige Verwirklichung der Föderativrepublik ihre Herrschaft zu begründen, proklamierten die Autonomie Andalusiens, errichteten Wohlfahrtsausschüsse und bemächtigten sich mehrerer Kriegsschiffe.

Die Cortes sahen nun die Notwendigkeit ein, Karlisten und Intransigenten energisch zu bekämpfen.

Zu diesem Zweck trat der bisherige Föderalist Castelar am 9. September an die Spitze der Regierung, vertagte die Cortes, nachdem er sich zu Ausnahmemaßregeln hatte ermächtigen lassen, suspendierte am 21. September die konstitutionellen Garantien und verkündete die Kriegsgesetze in voller Strenge. Sevilla, Malaga und Cadiz wurden sofort unterworfen, Cartagena mußte aber regelrecht belagert werden und ergab sich erst am 12. Januar 1874.

Im Norden machten die Karlisten immer größere Fortschritte, und das Gebaren der Cortes, die nach ihrem Zusammentritt (2. Januar 1874) Castelar jeden Dank für seine energische Tätigkeit verweigerten und ihn zum Rücktritt zwangen, ließ das Schlimmste befürchten: da ließ Serrano am 3. Januar durch den General Pavia die Versammlung auseinander sprengen und trat als Präsident der Exekutivgewalt an die Spitze einer neuen Regierung, die sich vor allem die Beendigung des Karlistenkrieges zum Ziel setzte.

Der Kampf drehte sich um Bilbao, das die Karlisten seit dem Dezember 1873 belagerten. Zwar zwang Serrano sie im Mai, die Belagerung aufzugeben; doch schlugen sie die Regierungstruppen unter Concha vom 25. bis 27. Juni bei Estella, und Don Karlos' Bruder drang wiederholt über den Ebro, im Juli sogar bis Cuenca vor. Endlich bereitete Serrano für Anfang 1875 einen energischen konzentrischen Angriff auf die Karlisten vor und verstärkte die Armee auf 80.000 Mann, als auch er plötzlich gestürzt wurde.

Nachdem die Versuche, einen fremden Fürsten auf den spanischen Thron zu erheben, gescheitert waren, das Experiment mit der Republik Spanien (zur) völligen Anarchie ... (führte), Don Karlos aber durch seine enge Verbindung mit dem Ultramontanismus und seine barbarische Kriegführung sich unmöglich gemacht hatte, blieb nur der älteste Sohn Isabellas, Alfons, der durch den Verzicht seiner Mutter vom 25. Juni 1870 Erbe der Thronansprüche der jüngeren bourbonischen Linie geworden war, als Kandidat der gemäßigt Liberalen für den Thron übrig. Seine Erhebung erschien besonders den Offizieren als die einzige Rettung aus dem Chaos, und im Einverständnis mit den einflußreichsten Generalen proklamierte Martinez Campos am 29. Dezember 1874 in Sagunto Alfons XII. als König von Spanien.

Die Nordarmee und die Garnison von Madrid erklärten sich für ihn, und Serrano legte sein Amt ohne Widerstandsversuch nieder. Das Haupt der alfonsistischen Partei, Canovas del Castillo, wurde an die Spitze eines liberal-konservativen Ministeriums berufen, welches der König nach seinem Einzug in Madrid (14. Januar 1875) bestätigte. Die neue ... vereinbarte Ver-

fassung hob zwar die Geschworenengerichte, die Zivilehe und die Lehrfreiheit auf und machte dem Klerus noch einige andere Zugeständnisse, um dem Karlismus den Boden zu entziehen; doch versprach sie, ehrlich und mit Mäßigung gehandhabt, eine friedliche und freiheitliche Entwicklung.

Der Karlistenkrieg wurde nun von den Generalen Quesada und Moriones nach einem systematischen Plan und mit ausreichenden Streitkräften geführt und durch die Eroberung von Vitoria (8. Juli 1875), von Seo de Urgel (26. August) und Estella (19. Februar 1876) glücklich beendet; Don Karlos trat am 28. Februar ... auf französisches Gebiet über. Die Fueros der baskischen Provinzen wurden aufgehoben.

Die am 20. Januar 1876 gewählten neuen Cortes, in denen die Regierung eine starke Mehrheit hatte, wurden am 15. Februar vom König eröffnet und genehmigten am 24. Mai die neue Verfassung. ...

Der Aufstand in Kuba wurde Anfang 1878 endlich auch beschwichtigt, allerdings nur durch den Vertrag von Tanjon (10. Februar 1878), in welchem General Martinez Campos den Insurgenten Amnestie, Aufhebung der Sklaverei und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Insel zugestehen mußte. ...

Ministerpräsident Canovas brachte 1880 ein Gesetz über die Aufhebung der Sklaverei in Kuba in den Cortes durch; aus Rücksicht auf die spanischen Finanzen blieben aber die Ausfuhrzölle daselbst sowie die Monopole zu Gunsten des spanischen Handels und Gewerbes bestehen. ...<<

Schweiz: Der russische Anarchist Michael Bakunin (1814-1876) erklärt im Jahre 1868 während seiner Rede auf dem Kongreß der Friedens- und Freiheitsliga in Bern (x128/21): >>Ich bin kein Kommunist, weil der Kommunismus zugunsten des Staates alle Kräfte der Gesellschaft konzentriert und absorbiert, weil er unvermeidlicherweise das Eigentum in den Händen des Staates konzentriert.

Ich hingegen wünsche die Aufhebung des Staates, die vollständige Ausrottung des Autoritätsprinzips und der Schutzherrschaft des Staates, der unter dem Vorgeben, die Menschen moralisch zu machen und sie zu zivilisieren, sie bis jetzt nur geknechtet, ausgebeutet und demoralisiert hat.

Ich wünsche die Organisation der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Eigentums von unten herauf auf dem Wege der freien Assoziation und nicht von oben herab durch irgendwelche Autorität, also wünsche ich die Abschaffung des Staates. ... In diesem Sinne, meine Herren, bin ich Kollektivist und keineswegs Kommunist. ...

Gebt allen Kindern von ihrer Geburt an gleiche Mittel zu ihrer Existenz, zur Erziehung und Bildung, schafft ihnen eine gleiche gesellschaftliche Mitte und laßt sie auf gleiche Weise durch eigene Arbeit ihren Unterhalt verdienen, und ihr werdet sehen, wie alle jetzt für natürlich angesehenen Unterschiede verschwinden werden, weil sie das Resultat der ungleichmäßigen Verteilung der geistigen und physischen Bedingungen, der Lebensbedingungen sind. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Michael Bakunin (x802/278): >>Bakunin, Michael, russischer Agitator, geboren 1814 zu Torshok im Gouvernement Twer, Sprößling einer altadligen Familie, wurde im Kadettenhaus zu Petersburg erzogen und trat 1832 als Artilleriefähnrich in die Armee.

Dem Militärdienst abhold, nahm er 1838 seinen Abschied und widmete sich im väterlichen Haus 1838-40 wissenschaftlichen Studien. 1841 begab er sich nach Berlin, wo er sich mit Philosophie, namentlich der Hegelschen, beschäftigte. Seit 1842 lebte er in Dresden, wo er unter dem Pseudonym Jules Elisard eine philosophische Abhandlung in den "Deutschen Jahrbüchern" veröffentlichte.

Durch seine freisinnigen Äußerungen und seinen Verkehr mit den Radikalen zog er die Aufmerksamkeit der russischen Agenten auf sich, und da er in Deutschland sich nicht mehr sicher

fühlte, begab er sich in die Schweiz, wo er ein tätiges Mitglied der kommunistisch-sozialistischen Vereine wurde. Die russische Regierung versagte ihm die Erlaubnis zum weiteren Aufenthalt im Ausland und zog, da er dem Befehl zur Rückkehr nicht Folge leistete, sein Vermögen ein.

In Paris, wohin er sich von Zürich aus begab, schloß er sich ... der Opposition an und hielt am 27. November 1847, am Gedächtnistag der Warschauer Revolution von 1830, beim Polenbankett eine kühne, feurige Rede, in welcher er die Verbrüderung zwischen Russen und Polen für die gemeinsame Revolutionierung Rußlands anempfahl. Die russische Regierung forderte deswegen seine Auslieferung von Frankreich und setzte einen Preis von 10.000 Silberrubel auf seinen Kopf, worauf Bakunin von Paris nach Brüssel entflo.

Nach der Februarrevolution kehrte er nach Paris zurück; war nach den Märzstürmen in Berlin, wohnte im Juni 1848 dem Slawenkongreß in Prag bei und hielt sich bald hier, bald da auf, überall agitatorisch für eine umfassende revolutionäre Schilderhebung wirkend.

Als im Mai 1849 der Aufstand in Dresden ausbrach, nahm Bakunin den tätigsten Anteil am Kampf und wurde Mitglied der revolutionären Regierung. Nach dem Fall Dresdens ging er mit der provisorischen Regierung nach Chemnitz. Hier am 10. Mai verhaftet, wurde er nach Dresden, dann auf den Königstein gebracht und zum Tod verurteilt, jedoch zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Am 13. Juni 1850 an Österreich ausgeliefert, wurde er vom Kriegsgericht zu Olmütz als Hochverräter zum Strang verurteilt, aber zu lebenslänglichem schweren Kerker begnadigt und bald darauf an Rußland ausgeliefert.

Nachdem er einige Zeit in den Kasematten von Schlüsselburg gesessen (hatte), wurde er 1855 als Strafkolonist nach Ostsibirien transportiert. Mit Erlaubnis des Generalgouverneurs in das russische Amurgebiet übergesiedelt, entkam er von da ... (unter) Zurücklassung von Weib und Kind 1860 auf einem amerikanischen Schiff nach Japan, wo er Mittel fand, über Kalifornien nach London zu gelangen. Kaum auf sicherem Boden angelangt, nahm er seine agitatorische Tätigkeit wieder auf, indem er das russische und das polnische Volk in zahlreichen Ansprachen zum Befreiungskampf gegen Regierung und Adel, zur Schöpfung einer großen slawischen Föderativrepublik aufrief.

Als 1863 der letzte Aufstand in Polen ausgebrochen war, gehörte Bakunin zu den Häuptern der von Stockholm aus im Frühjahr 1863 von polnischen und russischen Emigranten beabsichtigten Expedition an die baltischen Küsten zur ... Revolutionierung Rußlands. Nach dem gänzlichen Scheitern derselben kehrte er nach London zurück, wo er sich als Anhänger der Internationale mit der Verbreitung sozialistischer Lehren in seinem Vaterland beschäftigte.

Im Jahr 1873 veröffentlichte er eine Schrift: "Kaisertum und Anarchie". Inzwischen geriet Bakunin wegen der Ungeduld, mit welcher er den gewaltsamen Umsturz des bestehenden Gesellschaftsgebäudes und die Herbeiführung einer allgemeinen Anarchie betrieb, sogar mit den Häuptern der Internationale, namentlich Marx, in Streit und wurde vom Kongreß derselben in Den Haag 1872 förmlich ausgeschlossen.

Durch das Alter geschwächt, lebte Bakunin die letzten Jahre in völliger Zurückgezogenheit in Genf und Lugano und starb am 1. Juli 1876 im Spital zu Bern, nachdem er durch Verweigerung der Nahrung seinen Tod beschleunigt hatte. ...<<

USA: Die US-Regierung erweitert im Jahre 1868 die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika um den 14. Zusatzartikel (x243/101): >>... Alle Personen, die in den Vereinigten Staaten geboren oder eingebürgert und ihrer Hoheitsgewalt unterworfen sind, sind Bürger der Vereinigten Staaten und des Einzelstaates, in dem sie ihren Wohnsitz haben. ...

Kein Einzelstaat darf irgendeiner Person Leben, Freiheit oder Eigentum entziehen ohne ordentliches gesetzliches Verfahren, oder irgendeiner Person innerhalb seines Hoheitsgebietes den gleichen Schutz der Gesetze versagen.<<

Im Vertrag von Fort Laramie garantiert die US-Regierung im Jahre 1868 den Dakota (Stamm der Sioux) das gesamte Land westlich des Missouri (x180/61): >>... Es ist keiner weißen Person gestattet, sich in irgendeinem Teil des Territoriums anzusiedeln oder niederzulassen oder dasselbe ohne Einwilligung der Indianer zu passieren.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Vernichtung der amerikanischen Ureinwohner in den US-Staaten (x068/53-55): >>... Zu Gewalteinmärschen und Meuchelmord kamen Vertragsbrüche am laufenden Band, überhaupt alle möglichen Gaunereien. Kaum ein schmutziger Trick, mit dem man sie nicht zu hintergehen, kaputtzumachen suchte, nicht zuletzt durch die verheerende Wirkung des Alkohols, von dem sie so viel weniger vertrugen als die trinkfesten Weißen. Sie erfroren dann, ertranken oder brachten einander im Rausch um.

Schon 1698 klagten die Delawaren: "Durch Branntweintrinken sind sieben Stämme unseres Volkes umgekommen". Man betrog sie mit ihren Frauen, ihren Töchtern oder erkaufte diese zu Schleuderpreisen. Man prellte sie um ihre Felle. Händler lieferten minderwertige Nahrungsmittel zu Wucherpreisen. Regierungsbeamte unterschlugen Unterhaltsgelder. Häuptlinge wurden bestochen oder für Kaufverträge "Häuptlinge" einfach eingesetzt; auch Unterschriften schlankweg gefälscht oder betrunken gemachten Indianern für Vertragsabschlüsse die Hand geführt.

General Sheridan bedrohte unter Bruch des Gastrechts die gefangen-gesetzten Führer der Kiowa mit dem schimpflichen Tod des Erhängens und erpreßte dadurch ihre Stämme. Man erwarb riesige Gebiete von ihnen für Geld, das man nachher als Zahlungsmittel nicht mehr entgegennahm. Man schickte die Indianer auf Deportationen, ohne daß irgend jemand wußte wohin.

Bei alledem aber sollten die Indianer, wenigstens nebenbei, auch noch die wahre Religion kennen lernen und sie lernten sie ja auch kennen! -, sollten sie bekehrt werden, jedenfalls so lange sie noch überlebten. Das war Christenpflicht. Auch hatte König Jakob (James) I., der Sohn der Maria Stuart, die Kolonisierung erlaubt, "um die Eingeborenen des Landes zu gewinnen und anzuleiten zur Kenntnis und zum Gehorsam gegenüber Gott, dem Heiland und dem Christen-Glauben". So gab es in Natick (Massachusetts), einem Vorort der indianischen Kolonie, 1673 sechs Indianer-Kirchen.

Bereits ein Vierteljahrhundert später, 1698, gab es dort nur eine einzige kleine Kirche mit sieben Männern und drei Frauen. 1763 lebten dort insgesamt nur noch 37 Indianer, 1792 nur noch fünf. Und 1846 war da nur noch ein Indianerabkömmling, ein sechzehnjähriges Mädchen - und die Bibel ...

Die Bibel - in die Naticksprache übersetzt. Nur Naticks gab es keine mehr.

... Gewiß gab es, um dies zu wiederholen, auch Weiße, Christen, Missionare, die sympathisierten mit den Indianern, die ihnen zu helfen suchten - vergeblich. Ein Stamm nach dem andern kam um. Die Seminolen in Florida, die sich lange und verzweifelt wehrten, begann man besonders seit 1819, unter der Präsidentschaft von James Monroe auszulöschen, in der "era of good feelings".

Nicht viel anders erging es den Creek, den Choctow, den Mohikanern oder dem einst an der atlantischen Küste zwischen den Hudson- und Susquehanna-Rivers seßhaften hochstehenden Stamm der Delawaren, wenn auch heute noch einige ihrer Nachkommen leben, in Kansas, in Oklahoma. Doch noch zwischen 1838 und 1951 sank beispielsweise die Zahl der Pawnees von 10.000 auf 650. Ein Stamm nach dem andern ging unter, fast alle verschwanden in der Nacht der Geschichte. Von vielen sind selbst die Namen verschollen.

Und nur allzu oft waren die Strafaktionen, die Säuberungskampagnen, die Massaker organisiert, wurden sie gebilligt oder gar geleitet "von Regierenden, Geistlichen, militärischen Kommandanten", wurden sie geschürt und verteidigt "von der Kanzel" (von Nostitz) - "eine plan-

mäßig angelegte Menschenjagd" (Paul Radin).

Nun ging man aber brutal nicht nur gegen Menschen vor, sondern auch gegen die Natur, die diesen Eindringlingen erst recht nichts galt, die sie rücksichtslos verdarben, rücksichtsloser als es bis dahin in Europa je geschehen, die sie vergewaltigten und vergewaltigten bis heute. Ein gigantisches ökologisches Debakel.

Anscheinend fehlte ihnen jeder Sinn für die Wunder der Landschaft, für die Schönheit etwa der ungeheuren, bei ihrer Ankunft mehr als die Hälfte der Landfläche Nordamerikas bedeckenden Wälder, die sie überhaupt erst wahrzunehmen schienen, so Alexis de Tocqueville, wenn sie unter den Schlägen ihrer Äxte stürzten, die riesigen Wälder des Ostens, zum Beispiel, von Maine bis zum Mississippi.

Nirgends vor dem 20. Jahrhundert erfolgte ein größerer Kahlschlag auf Erden. Sie wollten nicht wie die Indianer, die sie beraubten, töteten, mit diesen Wäldern leben, mit den Weiden. Nein, sie waren nicht nur Mörder, auch Räuber, Raffkes, ein besitzgeiles Gesindel, das eines nur erstrebte: Profit, Profit, Profit, und zwar sofortigen Profit. Er ging, er geht da über alles - ihr eigentlicher Gott.

Das Wasser, die Erde, die Tiere, jedwedes wurde versilbert, in Münze umgesetzt. Allem voran aber der Wald. Ihn ruinierten sie zuerst, dann den Boden, das Büffelgras, und "nach einem Jahrhundert", schreibt der Historiker Carter, "war ein Drittel des reichen Mutterbodens ins Meer gespült ..."

In den Great Plains, jenem über zehn Bundesstaaten sich erstreckenden Gebiet, kannten die Indianer einst 70 verschiedene Grasarten, nun wachsen dort noch drei. Der "grüne Gott" also wurde gefällt, der Boden krank geplündert, erschöpft. Und die Tiere, ganze Gattungen von Tieren, wurden vernichtet, im Nordosten allein 60 Millionen Biber schon in kurzer Zeit. Und zweihundert Jahre hatten die Indianer sich von Büffelherden, riesigen Büffelherden ernährt, ihrer Hauptnahrung.

Doch schon 1883 lebten von einst 13 Millionen Büffeln nur wenige Hundert. Und noch Jahre bevor das 19. Säkulum zu Ende ging, 1885, war der letzte Büffel getötet, war alles restlos zusammengeknallt - ein Triumph des Repetiergewehres - Weidmannsheil! Ein Jäger sah die toten Tiere so dicht die Prärie bedecken, daß er kaum den Boden erblickte. "Ein Mann hätte 20 Meilen auf ihren Kadavern wandeln können!"

Mit der stetig steigenden Zahl der Invasoren aber, mit ihrer immer weiteren Expansion, nimmt auch die Auseinandersetzung immer schärfere Formen an.

Die Indianer wehren sich verzweifelt, werden aber im Laufe des 18., des 19. Jahrhunderts fort und fort dezimiert, zurückgedrängt und sind an der Schwelle des 20. Jahrhunderts so gut wie verschwunden.<<

US-General Philip Sheridan erklärt im Jahre 1868 während eines Gespräches über die amerikanischen Ureinwohner (x056/127, x068/65): >>... Die einzigen guten Indianer, die ich je sah, waren tote Indianer. ...<<

>>... Ihr Eigentum muß zerstört werden, so daß sie sehr arm werden. ... Die Bandenchefs im jetzigen Kriege muß man hängen, ihre Pferde töten ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet später über Philip Sheridan (x814/920): >>Sheridan, Philip Henry, nordamerikanischer General, geboren am 6. März 1831 zu Somerset (Ohio), wurde auf der Militärschule in West Point erzogen, 1853 Infanterieleutnant, 1861 Quartiermeister der Armee in Südwestmissouri, 1862 General der Freiwilligen und Kommandeur der 11. Division der Armee von Ohio, zeichnete sich 1863 bei Chattanooga und Chickamauga aus, wurde 1864 Befehlshaber der Kavallerie der Potomacarmee, dann der Shenandoaharmee und im November Generalmajor der regulären Armee.

Er siegte über General Early am Opequan (19. September) sowie bei Fisher's Hill (22. September), vernichtete am 19. Oktober die feindliche Armee bei Cedar Creek, siegte von neuem

über Early am 2. Februar 1865 bei Fishersville und vereinigte sich am 26. März mit der Belagerungsarmee Grants vor Petersburg, an dessen Einnahme er durch seine Erstürmung der Position von Five Forks (1. April) wesentlichen Anteil hatte. Hierauf warf er den abziehenden Lee über den Appomatox zurück und verhinderte ihn, die Eisenbahn zu gewinnen, was zu dessen Kapitulation mit Grant führte.

Nach dem Krieg wurde Sheridan Kommandeur des Golfdepartements, dann des 5. Distrikts (Texas und Louisiana). Johnson, mit seiner Verwaltung unzufrieden, versetzte ihn nach Missouri. 1869 wurde Sheridan an Shermans Stelle Befehlshaber der Militärdivision des Missouri und Generalleutnant und 1883 Oberbefehlshaber der Armee der Union.

Er starb am 5. August 1888 in Nonquitt (Massachusetts).<<